

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 21 • 7. Jahrgang

Berlin, 1. November 1926.

Die wirtschaftliche Zukunft des Saargebiets.

Von Karl Hillenbrand, Saarbrücken.

Mit dem Eintritt des Reiches in den Völkerbund ist für das Saargebiet eine neue Lage geschaffen. Die französischen Hoffnungen, daß das Saarbecken, so wie es die Friedensmacher erdacht, zu Frankreich kommen könnte, sind endgültig zerstört, und man darf mit einer früheren Rückkehr zum Reich, als es der Versailler Vertrag vorsieht, rechnen. Die Saarbevölkerung darf sich mit berechtigtem Stolz daran erinnern, daß sie zu dieser Entwicklung in erheblichem Maße beigetragen hat. Durch einheitliches Vorgehen bei allen großen Fragen und durch Entsendung von Delegationen zum Völkerbund hat sie sich nach und nach der französischen Übergriffe erwehrt und die Welt über den Willen der Saarbevölkerung aufgeklärt. Schier unüberwindbare Hindernisse galt es von 1918 bis 1926 zu beseitigen. Den größten Anteil um die Deutscherhaltung des Saargebiets erwarb sich die Arbeiterschaft, war sie doch Drohungen und Lockungen am meisten ausgesetzt, wie sie überhaupt die Last der Fremdherrschaft am härtesten zu spüren bekam.

Nach dem heutigen Stand der Saarfrage ist die geschichtliche Mission, unser Land deutsch zu erhalten, in der Hauptsache erfüllt, es handelt sich jetzt lediglich noch um die Bedingungen und um den Termin, zu dem die Rückkehr ins Reich erfolgt. Zu einer Abstimmung wird es wohl nicht kommen, müßte es doch dem Ansehen Frankreichs schwer schaden, wenn sich die Bevölkerung mit mindestens 99 Proz. für den Anschluß an das Reich aussprechen würde. Entsprechend dieser Entwicklung gilt es, den Blick jetzt in die Zukunft zu richten und das Hauptinteresse den wirtschaftlichen Fragen zuzuwenden und sich darum zu kümmern, wie die Lebensfähigkeit des Landes bei Wiederangliederung an den deutschen Zollverband am besten gewährleistet werden kann. Der sofortigen Inkraftsetzung aller Nachkriegsgesetze des Reiches, wie der Reichsverfassung, der Steuergesetze, der Sozial- und Arbeiterrechtsgesetzgebung stehen keinerlei Hindernisse im Wege. Die wichtigste von allen Fragen ist: wie können die auf engem Raum zusammengedrängten 800 000 Menschen lohnende Beschäftigung finden? Es hieße die Verhältnisse völlig verkennen, wollte man verschweigen, daß sich die Lebensbedingungen der Saarwirtschaft im Vergleich zur Vorkriegszeit wesentlich verändert und verschoben haben. Wir wollen die Lage des Gebietes an Hand der bisherigen Entwicklung zu erläutern versuchen.

Hauptzweig unserer wirtschaftlichen Existenz ist der Kohlenbergbau. Er ist mit seiner Belegschaft von 75 000 Menschen das größte Unternehmen, wie er gleichzeitig ein starker Abnehmer der Erzeugnisse aus anderen Industrien, vornehmlich der Eisenindustrie ist. Mit der Konjunktur im Bergbau steht und fällt daher das Baro-

meter der Saarwirtschaft. Der Saarbergbau hat sich im Laufe der Zeit, wie folgt, entwickelt:

Jahr	Förderung in To.	Anzahl der Belegschaft
1816	100 319	917
1850	593 855	4 850
1880	5 211 389	22 918
1900	9 937 253	40 546
1905	10 630 559	46 016
1910	10 823 482	52 768
1912	11 663 118	48 918
1913	12 223 099	49 696
1914	9 276 134	40 154
1919	8 278 209	52 358
1920	9 198 714	71 383
1921	9 674 602	71 874
1922	11 240 003	72 790
1923	9 192 275	74 138
1924	14 032 118	74 908
1925	12 989 849	72 583

Die Aufstellung zeigt, daß es sich beim Saarbergbau um eine monatliche Fördermenge von etwa 1 Million Tonnen Kohlen handelt. Sie ergibt weiter, daß die Franzosen die Belegschaft um ein volles Drittel, von 49 000 auf 73—74 000 Mann, vermehrt haben. Bei Vergrößerung der Belegschaft konnte sich die Grubenverwaltung ausschließlich auf den Nachwuchs aus dem bodenständigen Bergmannsstand des Bezirks stützen, denn wie in keinem anderen Kohlenrevier handelt es sich bei den Saarbergleuten um eine eingeseßene Bevölkerung, wo der Bergmannsberuf vom Vater auf den Sohn übergeht. Trotzdem konnte die Bergmannsjugend längst nicht ganz im Bergbau unterkommen. Jeder Beschäftigungsrückgang würde die bergmännische Bevölkerung besonders hart treffen.

Seitdem der Saarbergbau eine größere Bedeutung erlangte, hat die Frage des Absatzes der Kohle eine große Rolle gespielt. Bei einer äußerst fleißigen Belegschaft und bescheidenen Löhnen und unter Gewährung von Frachtermäßigung aller Art hat sich der Saarbergbau nach und nach einen sicheren Absatzmarkt erobert. Mit Übergang der Gruben an Frankreich trat eine völlige Verschiebung in den Absatzverhältnissen ein. Wir lassen eine Tabelle, aus der die Absatzverhältnisse von früher und heute zu ersehen sind, folgen.

Absatzgebiete der Saarkohle.

A) Unter deutscher Verwaltung:

	1913
Saarbrücker Bezirk	34,0 Proz.
Uebrigtes Preußen	10,9 „
Elßaß-Lothringen	10,9 „
Süddeutschland	28,8 „

Deutschland 82,8 Proz.

Oesterreich	0,2 Proz.
Schweiz	6,2 "
Italien	1,5 "

Südliche Länder 7,9 Proz.

Frankreich	8,1 Proz.
Luxemburg	0,5 "
Belgien	0,7 "

Westliche Länder 9,3 Proz.

B) Unter französischer Verwaltung:

	1922	1923	1924
Saargebiet	35,6 Proz.	36,1 Proz.	38,3 Proz.
Frankreich (ohne El.-Lothr.)	30,5 "	34,1 "	30,5 "
El.-Lothringen	7,9 "	11,1 "	8,0 "
Deutschland	11,6 "	4,3 "	7,6 "
Schweiz	3,2 "	4,4 "	4,0 "
Belgien-Luxemburg	3,4 "	4,1 "	4,0 "
Oesterreich-Ungarn	4,9 "	2,4 "	3,1 "
Italien	2,7 "	3,5 "	1,5 "

Neben dem Kohlenbergbau nehmen die Schwer-
eisenindustrie mit über 40 000 Arbeitern, die Me-
tallindustrie mit 15 000 Arbeitern, die Glas- und
Keramikindustrie mit 12 000 Arbeitern eine bedeutende
Stellung im Saarwirtschaftsleben ein. Ihre Existenz beruht
fast ausschließlich auf der Kohle, und zwar in dem Sinne,
daß der Bergbau die guten Kohlenorten zu günstigen
Preisen nach auswärts verkauft, um dafür die geringeren
Qualitäten der heimischen Industrie zu niedrigeren Preisen
überlassen zu können. Mit dem Eindringen des französischen
Kapitals in diese Industrien war, solange der Eisenhunger
in der Nachkriegszeit bestand, der Absatz verhältnismäßig
günstig. Seit einiger Zeit ist der französische Markt
für die Aufnahme der saarländischen Erzeugnisse
schwächer geworden, und nur infolge Zollnachlaß
konnten erhebliche Mengen unserer Produkte am deutschen
Markt Absatz finden. Aus dieser Erwägung heraus ist auch
die Mehrzahl der Saarwerke dem deutschen Stahlwerksver-
band beigetreten. Welche Bedeutung die Eisenindustrie
für das Saargebiet hat, mag daraus hervorgehen, daß die
Roheisenerzeugung, die im Jahre 1900 554 597 Tonnen be-
trug, ihre Produktion im Jahre 1924 bis auf 1 300 000 Ton-
nen gesteigert hat. Die Stahlerzeugung betrug 1924
1 400 000 Tonnen. Inzwischen ist die Produktion weiter ge-
stiegen! — An weiterverarbeitender Industrie
hat das Gebiet 81 Firmen auf. Insgesamt finden 200 000
Menschen in den verschiedensten Zweigen der Saarwirtschaft
Beschäftigung.

Bei der Bedeutung der Saarindustrie als
Lebensgrundlage für unsere Bevölkerung
und die deutsche Volkswirtschaft im Südwesten des Reiches,
müssen die Maßnahmen, die den Uebergang erleichtern
und eine sichere Zukunft gewährleisten, in vorausschauender
Weise getroffen werden. Ob, nach Wiederangliederung an
das Reich, durch Frankreich auch weiterhin größere Kohlen-

mengen und Erzeugnisse der Eisen- und Keramikindustrie
abgenommen werden, ist mehr als zweifelhaft. Die heutige
Lage läßt darauf schließen, daß die Aussichten, auch den
westlichen Markt zu beliefern, gering sind. Frankreich hat
die Kohलगewinnung im eigenen Lande stark gesteigert.
Nimmt man hinzu, daß die englische Kohle auf dem fran-
zösischen Markt schon immer eine große Rolle spielte, dann
darf man füglich bezweifeln, ob die Saarkohle nach Rück-
kauf der Gruben französischerseits noch begehrt wird. Die
weitere Frage, ob nach Rückkauf der Gruben dem franzö-
sischen Kapital im Interesse der Kohlenabnahme ein ge-
wisser Einfluß eingeräumt werden soll, ist schwer zu be-
antworten.

Die Wirtschaftskreise des Saargebietes dürfen sich bei
Beurteilung der ganzen Probleme nur davon leiten lassen,
daß wir nach Rückkehr zum Reich unsere Absatz-
gebiete im deutschen Wirtschaftsverband
suchen müssen. Diese sind aber infolge der Fremd-
herrschaft für Kohle fast völlig, für Eisen und sonstige Er-
zeugnisse zu einem starken Teil verlorengegangen. Neben
dem Saargebiet selbst kommt das benachbarte Rheinland,
die Pfalz und Süddeutschland in Frage. Eine Wiedergewinnung
dieser Märkte ist bei den heutigen Lebens-
bedingungen der Saarindustrie und unter Berücksichtigung
der Tatsache, daß sie auch technisch gegenüber anderen großen
Gebieten zurückblieb und bei dem mangelhaften Verkehrs-
netz zum mindesten sehr erschwert.

Die deutschen Industriellen im Saar-
gebiet fordern einen Großschiffahrtsweg
zum Rhein. Der Verlust von Lothringen hat nach
ihrer Ansicht die Pläne auf Kanalisierung von Mosel und
Saar auf unabsehbare Zeit vernichtet. Der Weg von
Saarbrücken über Trier nach Koblenz ist zudem auch viel
zu weit, und so haben die Vertreter der Industrie ein
altes Kanalprojekt, das einer geraden Ver-
bindung von Saarbrücken durch die Pfalz
nach Ludwigshafen an den Rhein, aufgestellt,
in der Absicht, über den kanalisierten Neckar, nach Süd-
deutschland vorzudringen. Mit den zuständigen Stellen im
Reich und der Länder haben bereits Besprechungen statt-
gefunden, es verlautet, daß die Pläne günstig aufgenommen
wurden. Finanzielle und technische Prüfungen werden mit
größter Beschleunigung betrieben. Auf Einladung der
Handelskammer fand im Saarbrücker Rathaus auch bereits
eine große Kundgebung statt, die zu dem Kanalprojekt, wie
zu anderen Fragen, die die wirtschaftliche Zukunft des
Saargebiets betreffen, Stellung nahm. Begreiflich, daß bei
der so plötzlich aufgeworfenen Frage verschiedene Kreise,
vor allem die Gewerkschaften, zunächst eine abwartende
Haltung einnehmen. In der einen Frage, daß im zukünf-
tigen Interesse des Saarwirtschaftslebens weitgehende und
vorbereitende Maßnahmen getroffen werden müssen, herrscht
vollste Übereinstimmung.

Plebiszite im Saargebiet.

Von Josef Götgen.

II.

Die im Saarstatut vorgesehene Abstimmung hat ihre Vor-
läufer in den Selbstbestimmungs-Bezeugungen der Saarländer im
18. und 19. Jahrhundert. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts
unternahm Frankreich an der Saar eine außenpolitische Aktion,
die zum Ziele hatte, eine Volksabstimmung zugunsten Frankreichs
im Saargebiet herbeizuführen. Diese Abstimmung geschah jedoch
nicht in der modernen Form der geheimen Stimmenabgaben,
sondern in Unterschriften unter ein von der französischen Behörde
vorgeschriebenes Formular. Die Tatsache, daß die fran-
zösischen Staatsmänner, um die Gesinnung der
Saarbevölkerung kennen zu lernen, eine Anord-
nung dieserhalb treffen, ist an und für sich schon
ein durchschlagender Beweis dafür, daß die
französische Gesinnung der Saarbevölkerung
doch nicht in dem Maße vorhanden gewesen sein
kann, wie sie die französische auswärtige Poli-
tik bei den Verhandlungen in Versailles hinstellen

versuchte. Der Präjet des Saardepartements, dessen Hauptstadt
damals Trier war, erließ im Jahre 1798 an seine untergeordneten
Behörden ein Schreiben des Inhalts, daß bei einer Abstimmung
alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen
seien, um ein glückliches Resultat zu erzielen.
Diese Äußerung zeigt neben vielen andern ganz offensichtlich,
daß seitens der obersten französischen Zentralbehörde in Trier der
gesamte behördliche Unterapparat aufgeboten wurde, um bei der
kommenden Abstimmung ein günstiges Resultat zu erzielen. Die
ausführenden Organe der Pariser auswärtigen Politik gingen
schon damals, genau wie heute, mit einer bewundernswerten Ge-
schicklichkeit vor. Jeder Anlaß war willkommen, um in der Be-
völkerung Stimmenfang zu treiben oder auch, um Unterschriften
für den Anschluß an Frankreich zu erschleichen.

Es ist angesichts der wahren Gesinnung der Saarbevölkerung
ausgeschlossen, daß die Träger des außenpolitischen französischen
imperialistischen Gedankens mit ganz ehrlichen Mitteln zu Werke
gegangen sind. In dem oben bereits erwähnten Briefe des Prä-

setten von Trier an den Kommissar Rudler in Saarbrücken heißt es weiter:

„Ich habe die Verwalter, die Richter und die übrigen Bürger, die sich als Spezialkommissare der Verwaltung zwecks Einführung der neuen Gemeinderäte in die Kantone begeben haben, beauftragt, diesen Augenblick wahr zu nehmen, um die Bewohner zu bestimmen, ihre Wünsche der Vereinigung mit Frankreich in besonderen Bittschriften kundzutun.“

Die Einführung der neuen Gemeinderäte, die offenbar bestrebte Gemeindeangehörige waren, die aber ebenfalls eine Konzession an die Bevölkerung bedeuten sollten, war also die gegebene Gelegenheit, um die Bevölkerung zu bestimmen, sich in einem für Frankreich günstigen Sinne auszupressen. Es ist einleuchtend, daß unter diesen Voraussetzungen Wahlbeeinflussungen nach jeder Richtung hin stattgefunden haben. Auch liegt bei einer relativ ungebildeten, schreib- und leseunfähigen Bevölkerung der damaligen Zeit jede Fälschung der wahren Volksgesinnung im Bereich der Möglichkeit. Es sei zum Beispiel nur darauf hingewiesen, daß die bereits an alle Gemeinden verordnete Anordnung zur Sammlung von Unterschriften für den Anschluß an Frankreich den Alphabeten in einem ganz anderen Sinne vorgelesen werden konnte und auch wurde, als deren Sinn tatsächlich war. Einzelne Aktenstücke, die einzusehen ich Gelegenheit hatte, tragen die Namen von Bürgern oder auch als Unterschrift ein oder zwei Kreuzen. Die Antworten, die alle in derselben Formulierung von einer Zentralstelle aus an alle Gemeinden verandt worden waren, tragen die gleichen Schriftzüge und sind daher auch nicht als eine selbständige, unbeeinflusste von den einzelnen Gemeinden selbst geschriebene Antwort zu betrachten. Eine solche Antwort lautete z. B. folgendermaßen:

„Die großen Vorteile, deren wir uns durch die Vereinigung mit der französischen Republik zu erfreuen haben, bewegen uns, Euch zu ersuchen, unsere sehnlichsten Wünsche durch eine baldige Vereinigung mit Frankreich zu erfüllen. Wir versprechen eine unerschütterliche Treue und Anhang.“

Diese Antwort wurde allen Gemeinden vorgeschrieben zugeschickt. Bei den freisinnig gesinnten Saarländern war nicht zu erwarten, daß sie sich ohne weiteres mit solchen Mitteln der Abstimmung abgeben ließen. Manche Gemeinden, z. B. Dudweiler, Sulzbach, Fischbach usw. unterzeichneten nicht, sondern erklärten in einem Zusatzschreiben, daß sie sich dem anschließen, was die Städte Saarbrücken und St. Johann getan hätten. Diese aber lehnten es ab, sich durch Unterschrift zu verpflichten. Andere Gemeinden wiederum weigerten sich zu unterschreiben, „bis man sie mit Gewalt dazu zwingt“. In dieser Redewendung liegt ganz klar enthalten, daß auf die einzelnen Gemeinden ein starker Druck ausgeübt wurde. Die unteren Verwaltungsorgane wollten unter allen Umständen ein günstiges Resultat erzielen, um so bei den vorgesetzten Instanzen in ein gutes Licht gerückt zu werden. Andere Kommunen waren sich der Tragweite des ganzen Abstimmungsmanövers überhaupt nicht bewußt. Reklamen im Kreise Saarlouis antwortete z. B., daß es „nicht unterschreiben würde, die weil gegenwärtige Anrede (gemeint ist die Adresse an Frankreich. D. Verf.) ihren schwachen Verstand übersteigen täte“. Das Volk wußte demnach z. T. nicht einmal genau, worum es sich handelte. Frankreich benutzte die Unkenntnis der Massen, um eine Fälschung der Volkstimmung zu erzielen.

Nur unter falschen Vorpiegelungen sind in einigen Gemeinden die Unterschriften erschlichen worden. Seitens der republikanisch eingestellten Regierung benutzte man das Gespenst der kommenden Reaktion gegen die großen Errungenschaften der französischen Revolution, um Stimmen für Frankreich zu ergattern. Viele Deutsche haben zu der damaligen Zeit für das Frankreich der Freiheit im Gegensatz zu dem absolutistischen Deutschland geschwärmt. Sollte man es deshalb manchen Saarländern verübeln, wenn auch sie das Recht der freien Meinung bezüglich des staatlichen und persönlichen Fortschrittes für sich beanspruchten? Jedenfalls lassen die Zusatzantworten zu den offiziell eingeführten Regierungsschreiben die Auffassung zu, daß besonders republikanisch gesinnte Saarbewohner nur deshalb ihre Stimme für Frankreich abgaben, weil sie die Freiheit die sie inzwischen erworben hatten, bedroht glaubten. Menschlich verständlich ist eine solche Einstellung, wenn sie auch nicht deshalb entschuldigend werden kann. Keineswegs kann aus solcher Gesinnung heraus Frankreich eine Rundschau für sich als Nationalstaat konstruieren. Es lag keine Option für Frankreich als Staat vor, sondern eine soziale Option für die Revolution, die gerade aus Frankreich

kam. Der Versuch, diese Abstimmung für Frankreich politisch zu werten, ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln.

Bei der Unterschriftensammlung wurde auch mit der falschen Vorpiegelung gearbeitet, daß die Republik in Gefahr sei. So ist z. B. in verschiedenen Antwortschreiben enthalten, daß „die Gemeinden nichts gegen die Republik hätten und sich daher weigerten, ihre Unterschriften zu geben“. Nach diesen Äußerungen zu urteilen, muß die französische Behörde mit falschen Mitteln gearbeitet haben. Denn wenn Frankreich damals im Saargebiet Unterschriften sammelte und einzelne Gemeinden in Verbindung damit sich mit der republikanischen Staatsform ausdrücklich einverstanden erklärten, so kann daraus nur gefolgert werden, daß irgendwie die Republik als gefährlich bezeichnet wurde. Andere Antworten von Gemeinden lauteten dahin, daß die Bürger sich nun endlich freuten, für immer „freie und unabhängige Menschen“ zu sein. Auch hier kommt wieder der soziale Charakter der damaligen Saarabstimmung zum Ausdruck.

Eine französische Gesinnung war bei den Saarländern damals nicht vorhanden. Geschichtliche Tatsache ist es auch, daß das Frankreich vom Jahre 1798 bei der Abstimmung kläglich heringefallen ist. Von den größten Städten des Saargebietes Saarbrücken und St. Johann haben nur 91 Bürger unterzeichnet, während z. B. die Adressen, die anlässlich der zweiten Friedenskonferenz im Jahre 1815 den Anschluß an Deutschland erbaten, Hunderte von Unterschriften trugen.

In den Jahren 1802 und 1804 erlebte das Saargebiet wiederum zwei Abstimmungen. Bei diesen Abstimmungen handelte es sich aber nicht um die Frage des Anschlusses an Frankreich, sondern um die Frage, ob Napoleon auf Lebenszeit Kaiser werden sollte oder nicht. Es handelte sich also nicht um Plebiszite von völkerrechtlicher Tragweite, sondern um staatsrechtliche Dinge, um innerpolitische Befragungen des Volkes in einer Personenfrage. Nicht außenpolitische Probleme, sondern innerpolitische Fragen der Zweckmäßigkeit standen zur Debatte. Auch bei diesen Abstimmungen konnte sich Frankreich nicht enthalten, Wahlbeeinflussungen vorzunehmen. Denn die Abstimmungen erfolgten unter behördlichem Druck. Der ganze Behördenapparat wurde aufgeboten, um das Ergebnis dieser Abstimmung in einem für Frankreich günstigen Sinne zu gestalten. In jeder Gemeinde wurden Register ausgelegt, in die die Bürger sich eintragen sollten. Es bringt hier die Ähnlichkeit mit der Abstimmung in Eupen-Malmedy in die Augen, wo die Bevölkerung es nicht wagte, sich in die offenen Listen einzutragen. Die Register bestanden aus den Verwaltungsskretariaten, bei den Gerichtsschreibern aller Tribunale bei allen Bürgermeistereien und allen Notaren aufgelegt werden. Drei Wochen vom Tage der Bekanntmachung des Konsultatsbeschlusses ab sollte jedes Departement Zeit zum Sammeln der Stimmen haben, jede Gemeinde hatte sieben Tage zur Verfügung. Dieser Beschluß datiert vom 7. Mai 1802. Am Tage darauf wurde er vom Minister des Inneren, Chaptal, an die Departements zur allgemeinen Bekanntmachung verandt.

Der in Mainz stehende Generalkommissar Jean Bon St. André, der eine Zeitlang eine Art Aufsichtsinstanz für die vier Departements des linken Rheinufers bildete, erteilte unter dem 20. Mai 1802 dem Präfekten des Saardepartements, Ormesville, nähere Instruktionen über die Ausführung des Konsultatsbeschlusses. Darin wurde angedordnet,

daß der Bürgermeister dieser Gemeinden sich die bei den Notaren aufgelegten Listen nach vollzogener Eintragung eingehändigen lassen, dieselben beglaubigen, und dann dem Unterpräfekten einreichen und dieser sie zugleich mit einer Zusammenstellung des Resultats weiterleiten“ sollte.

Schon am 14. Mai hatte Ormesville durch ein gedrucktes Plakat bekanntgemacht, daß die Register an den vorgeschriebenen Orten aufgelegt würden. Diese seien in zwei Reihen einzutellen, eine für „ja“, eine für „nein“. Am 4. Juni seien sie zu schließen und durch die Unterpräfekten an ihn einzusenden. Am Tage darauf verfuhr Ormesville an seine Unterpräfekten:

„Obwohl es überflüssig ist, Ihnen zu bemerken, wie angedacht es sein würde, wenn dieses Departement, dessen Einwohner es zum erstenmal vertritt, einen Akt von dieser Natur ausüben, eine Zahl von Stimmen auf diese, welche der Bevölkerung entspricht, bitte ich Sie nichtsdestoweniger, durch ein Zirkular die Bürgermeister aufzufordern, alle ihre Sorge darauf zu wenden, daß ihre Verwaltungseingefesselten der vorgelegten Frage nicht gleichgültig gegenüber bleiben, sondern sich ihre Antwort in die Register eintragen.“

Am 31. Mai 1802 erteilte Ormesville den Unterpräfekten Vorschriften über die Einlieferung der Register. Am die Deute

zum Abstimmten zu bewegen, wurden alle Mittel der Ueberredung und selbst der Autorität, die in der Macht des Unterpräfekten standen, empfohlen.

„Wenn gegen alles Erwarten in Ihrem Kreise sich Gemeinden befänden, die so unbekümmert um das Schicksal Frankreichs und folglich um ihr eigenes Interesse sind, daß sie sich weigerten, zu stimmen, beauftrage ich Sie förmlich, auf der Stelle dorthin Spezialkommissare zu senden, welche solange auf Kosten der zehn Höchstbesteuerten der Gemeinde dort bleiben, bis alle Einwohner einzeln eine Stimme nach ihrem Belieben abgegeben haben!“

Der Ausdruck „nach ihrem Belieben“ besagt gar nichts. Denn angesichts dessen, daß die Listen offen lagen und die Franzosen jeden Gegner dadurch kannten, wagten es nur wenige, genau wie 1919 in Eupen-Malmédy, sich gegen Napoleon zu erklären. Die Ergebnisse dieser Abstimmung waren in Saarbrücken 8587 Stimmen für und 470 gegen Napoleon. Dieses Ergebnis berechtigt nicht zu der Annahme, daß aus den für Napoleon abgegebenen Stimmen eine Sympathie für Frankreich geschlossen werden kann. Denn die Saarbevölkerung verehrte in Napoleon nicht den Franzosen, sondern den starken Mann, der die Fähigkeiten besaß, in das entsetzliche Durcheinander der damaligen Welt wieder Ordnung hineinzubringen. Selbstverständlich hatte das oben gekennzeichnete Verfahren der Präfekten und Bürgermeister, die Stimmenabgabe nach Möglichkeit zu beeinflussen, seinen Zweck erreicht. Napoleon war zufriedengestellt, und die Gunst dieses Gewaltigen blieb den Behörden nicht versagt.

Ebenso verlief die zweite Abstimmung im Jahre 1804 in einem Sinne, dem die französische Publizistik in vollständiger Verkennung der Seele des Volkes an der Saar eine übertriebene und falsch verstandene Bedeutung beimißt. Auch diese Abstimmung war rein innerpolitischer Natur und hatte mit außenpolitischen Fragen nichts zu tun. Auch hier waren keine völkerrechtlichen, sondern staatsrechtliche Erwägungen maßgebend. Die Frage der Abstimmung lautete nach modernen Begriffen konkret gefaßt: Eine starke Staatsgewalt, die Ordnung und Recht schafft, erbliches Recht der napoleonischen Dynastie oder Wahlmonarchie. Sie lautete aber nicht, rein völkerrechtlich gesehen: Anschluß an Deutschland

oder Frankreich. Das konnte sie schon deswegen nicht, weil ja durch den Frieden von Lunéville das Rheinland und mithin auch das Saargebiet zu Frankreich geschlagen worden waren. Die Bevölkerung dieser Gebiete konnte somit niemand daran hindern, ihre staatsbürgerlichen Rechte nun auch tatsächlich auszuüben. Aus diesen und anderen Gründen kann die Abstimmung nicht so ausgewertet werden, wie es in Frankreich gar zu gerne getan wird. Beide Abstimmungen standen, wie bereits betont, unter starkem behördlichen Druck. Verschiedene interessante Bruchstücke aus den Ausführungsvorschriften zur Abstimmung legen dafür Zeugnis ab. So schrieb z. B. der Präfekt des Saardepartements, Koppeler, am 26. Mai an seine Bürgermeister folgenden, bezeichnenden Ukas:

„Sie werden sich nicht darauf beschränken, eine kalte Einladung an Ihre Verwalteten zu erlassen, Sie oder Ihr Adjunkt werden sich selbst in alle Gemeinden Ihrer Bürgermeistereien begeben, die Einwohner zusammenrufen und deren Einzeichnung in das von Ihnen eröffnete Register provozieren. Diejenigen, die sich nicht einzeichnen können, geben darüber ihre Erklärung ab und Sie werden es für diese tun, nachdem dieselben ihre Zeichen gemacht haben. Die Zahl und das Ergebnis der Stimmen, die in das Register eingetragen sein werden, werden den Maßstab für Ihren Eifer bilden und den Beweis für Ihre Anhänglichkeit, die Sie zu Seiner Majestät, dem Kaiser der Franzosen hegen.“

Man vergegenwärtige sich einmal diesen Erlaß eines Vorgesetzten an seine Untergebenen. Von der Zahl der abgegebenen Stimmen wird es abhängen, ob der Beamte A. oder B. die nötige Qualifikation zur Beamtenschaft besitzt und ob er in Zukunft mit einer Beförderung für die geleisteten Dienste rechnen kann. Es geht gerade aus diesem Erlaß hervor, daß die untergeordneten Verwaltungsorgane aus egoistischen Motiven für eine möglichst große Stimmenzahl zugunsten der napoleonischen Staatsidee sich einsetzten. Es bedarf keiner weiteren Erörterung darüber, wie die Beeinflussungen der Gemeindeangehörigen betrieben wurde. Andererseits haben die Bemühungen der französischen Verwaltungsbeamten im Saargebiet auch energischen Widerstand gefunden, wie dies aus einem Schreiben des Trierer Präfekten an den Kommissar der vier Departements auf dem linken Rheinufer klar hervorgeht.

(Schluß folgt.)

Die Saarlöuidierung nicht mehr aktuell?

Die französische Presse ist immer ein Instrument gewesen, auf dem sich ausgezeichnet spielen läßt, sobald der richtige Ton dafür gefunden ist. Die Angabe des richtigen Tones ist das Kunststück der französischen Außenpolitik. Je nachdem, wie man die öffentliche Meinung braucht, wendet man sich an die Regierungs- oder Oppositionspresse. Auf jeden Fall schafft man sich dadurch die Stimmung, mittels deren man von dem jeweiligen Verhandlungspartner den größtmöglichen Vorteil für Frankreich herauszuholen sucht. Das hat sich besonders jetzt wieder nach der Thoiry-Konferenz gezeigt. Die zwischen Briand und Stresemann dort zustande gekommenen Vereinbarungen haben, das zu bestreiten wäre zwecklos, nicht die volle Uebereinstimmung im französischen Kabinett gefunden. Berührten sie doch ein Gebiet, das vorläufig noch die französischen Militaristen allein zu beherrschen wünschen, nämlich die Besetzung deutschen Bodens durch französische Armeen.

In der französischen Öffentlichkeit herrscht zurzeit über die Auswirkung der Thoiry-Vereinbarungen und über die Gestaltung der darauf basierenden deutsch-französischen Verhandlungen ein ziemlich wirres Durcheinander. Das ist nicht dadurch besser geworden, daß Poincaré seine Auffassung über die Notwendigkeit der Ratifizierung der französischen Schuldenabkommen mit England und Amerika in wenigen Wochen dreimal geändert hat. Mit der Regelung der Schuldenfrage steht aber das Thoiry-Uebereinkommen engstens in Verbindung. Hauptgrundlage dieser Vereinbarung war, daß als Gegenleistung für die vorzeitige Rhein- und Saarräumung Deutschland am Wiederaufbau der Währung und der Finanzen Frankreichs auf dem Wege der Mobilisierung eines Teils der deutschen Eisenbahnbonds mitarbeiten würde.

Der Kreis jener französischen Realpolitiker, die die Aufrechterhaltung der Besatzungsarmeen an Rhein und Saar für unverzichtbar mit dem neuen Geist von Locarno und Genf halten, ist gewiß nicht klein. Das ergibt sich am besten aus der Tatsache, daß zunächst die Frage der Zurückziehung der französischen Besatzung von Rhein und Saar und die

Rückführung des Saargebiets nach Deutschland in der französischen Presse durchaus sachlich behandelt wurde. Erst allmählich, vielleicht auf Grund eines von bestimmter Stelle abgegebenen Stichwortes, wollte man in einem großen Teil der französischen Presse von dieser Regelung plötzlich nichts mehr wissen. Nachdem man zunächst die Unmöglichkeit der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes nachzuweisen versucht hatte, wendet man sich jetzt der Neuregelung der Saarfrage zu, und erklärt, aus rein wirtschaftlichen und Prestige Gründen eine vorzeitige Rückgabe des Saargebiets an Deutschland für völlig ausgeschlossen.

Der Pariser Vertreter der „Saarbrücker Landeszeitung“ stellt in einem beachtlichen Aufsatz die verschiedenen französischen Presseerörterungen zur Saarfrage aneinander. Danach schrieb vor kurzem der bekannte „Petit Parisien“, daß der Plan eines reinen Verkaufsgeschäftes bezüglich des Saargebietes — selbst bei einem Preise von einer Milliarde Goldmark — in Anbetracht der bestehenden Vertragsrechte unzulässig und praktisch undurchführbar sei. Damit wird wohl die Ansicht Poincarés zum Ausdruck gekommen sein, der ja auch schon in der vergangenen Woche in Straßburg die elässischen Handelskreise mit der Bemerkung beruhigen zu müssen glaubte, daß an die Wenderung des wirtschaftlichen Status des Saargebietes nicht gedacht würde.

Der „Figaro“ aber gibt sich damit nicht zufrieden und verlangt eine klipp und klare Erklärung der Regierung über diesen Punkt. „Was wollen wir?“, so fragt er, „die Saargruben nach den sieben Lehrjahren auf unbestimmte Zeit für uns behalten, sie 1935 zurückgeben, nachdem wir bis dahin die Einnahmen genießen, oder sie jetzt schon gegen anderweitige Vorteile austauschen?“ Erst nach der Entscheidung in diesem oder jenem Sinne könne man über den Preis reden.

Inzwischen protestieren die Handelskammern Ostfrankreichs. Gestern Nancy, heute Metz. „Unter keinen Umständen darf vor 1935 die Zollgrenze zwischen Saargebiet und Frankreich errichtet werden!“ Weil „der lothringische Handel im guten

Glauben an eine Wirtschaftsunion bis zum Jahre 1935 unter großen Opfern die wirtschaftlichen Bande wieder angeknüpft hat, die ihn früher mit dem Saargebiet vereinigten; weil eine Räumung des Saargebietes Lothringen die letzte Ausfuhrmöglichkeit nehmen würde, nachdem ihm die luxemburgischen und deutschen Grenzen geschlossen wurden."

In weiten französischen Kreisen herrscht über die Saarfrage große Unkenntnis. Es wird verkannt, daß man zwei Punkte streng voneinander trennen muß, die Frage des Saar-"Gebietes" und die der Gruben. Noch dieser Tage schrieb das "Journal des Debats", daß es "grausam" wäre, auf die Gebietsfrage zurückzukommen. Man hat endgültig in Frankreich die Hoffnung aufgegeben, die Bevölkerung der Saar zu erobern. Glücklicherweise! Der "Excelsior" hat ja auch noch jüngst festgestellt, daß Saarbrücken eine ferndeutsche Stadt ist.

Aber wenn nach dieser Richtung hin nichts mehr zu machen ist, so will man sich mit einer Aufgabe der Gruben nicht befassen. Nur ist es mit der Rentabilität ziemlich "mies" bestellt. Warum hat denn der französische Staat innerhalb von sieben Jahren — bis zum 31. Dezember 1925 — nur 105 Millionen Papierfranken aus den Saargruben herausgeholt? Wir entnehmen diese Zahl einem Artikel in der wenig bekannten "Revue de Paris", die uns auch die Antwort auf die Frage gibt. Also: Man hat nur so wenig verdient, weil "Frankreich die Saargruben wie ein sorgloser Familienvater verwaltet und nicht, wie ein Landwirt, vor Ablauf seines Pachtvertrages noch schnell so viel wie möglich herausgewirtschaftet hat. Wir haben 77 Millionen Goldmark (?) in diese Zukunftsarbeit hineingesteckt, fünf- bis sechsmal soviel, als der bisherige Profit betrug." Der Verfasser dieses Artikels schätzt den Wert der Saargruben heute viel höher, als zur Zeit der Übernahme nach dem Kriege.

Warum also zehn Jahre zu früh einen solchen Wertgegenstand wie das Saargebiet verschleudern? Um sofort 250 Millionen Goldmark zu bekommen? Dieses Geld kommt im Jahre 1935 auch noch gelegen und inzwischen kann Frankreich jedes Jahr 150 Millionen (Goldmark, nicht Papierfranken!) Verdienst einstecken. So rechnet wenigstens der Ingenieur Charles Roy in seiner Abhandlung über die "Organisation financière de la Sarre", worin noch viele Zahlen stehen, die unmöglich alle untersucht werden können. Die hier genannten Zahlen lassen jedenfalls auch die Richtigkeit der anderen in einem bedenklichen Lichte erscheinen.

Selbst wenn Frankreich heute 250 Millionen Goldmark nötig hätte, so wird weiter argumentiert, so könne man mit Leichtigkeit eine Hypothek auf die Saargruben bekommen. "Warum sollen wir also um ein Stück Brot eine der wenigen wirtschaftlichen Realitäten verkaufen, die uns der Friedensvertrag unbestritten gibt?"

Mit vorstehenden Ausführungen und Zitaten ist die Stimmung von ganz Frankreich natürlich nicht wiedergegeben. Es gibt auch hier Kreise, die zur Vernunft rufen und unter Appell an den gesunden Menschenverstand die Rückgabe des deutschen Saargebietes an Deutschland fordern. Und diese Vernünftigen sind auch die besseren Rechner. Einmal ist es mit der sorglosen Familienvaterrolle Frankreichs in bezug auf die Saargruben nach dem Urteil von Fachleuten sehr windig bestellt. Ein neutrales Vormundschaftsgericht würde es sehr wahrscheinlich wegen Verschwendung der Vermögenssubstanz, mit anderen Worten wegen Raubbaues, entmündigen. Und dann hat es auch mit den Verdienstkassen einen Haken. Wenn Frankreich tatsächlich in der Lage ist, derartige Summen, oder seien es schließlich auch nur 10 Prozent von derartigen Summen, aus dem Saarbergbau herauszuziehen, dann sind die Löhne, die es den Bergarbeitern zahlt, um so himmelschreiender. Niemals hat die deutsche Verwaltung derartige Summen als Verdienst buchen können; allerdings war der Verdienst der Bergleute auch niemals so gering und die Lebenshaltung eine so gedrückte wie heute unter der französischen Verwaltung.

Auf eine Stimme sei noch besonders eingegangen, weil sie von einer Seite kommt, die sich immer als besonders deutschfeindlich ausgezeichnet hat. Es handelt sich um das "Journal de Geneve", dem aus Saarbrücken geschrieben worden sein soll, es sei töricht zu glauben, daß der unwahrscheinliche Verzicht Frankreichs auf die Besetzung des Saargebietes bis zum Jahre 1935 ohne wirtschaftliche Folgen wäre. Man dürfe nicht vergessen, so heißt es in diesem Genfer französischen Blatt, daß im Vertrauen auf den Versailler Vertrag, der die Dauer des gegenwärtigen Regimes bis zum Jahre 1935 vorsehe, die französischen Industriellen in Beziehungen

zum Saargebiet getreten seien, das für sie ein wichtiger Kunde geworden sei. Das Saargebiet ersetzte ihnen zum Teil den deutschen Absatzmarkt der Vorkriegszeit. Es sei daher von besonderer Wichtigkeit, Grundsätze aufzustellen, daß, falls man daran dächte, das augenblickliche Regime aufzuheben, was aber noch nicht ausgemacht sei, die Zolleinheit aufrecht erhalten werden müsse! Dieselbe Auffassung vertritt auch die Handelskammer Metz, die in ihrer jüngsten Vollversammlung eine Protestresolution gegen die vorzeitige Räumung des Saargebietes faßte und auf alle Fälle die Aufrechterhaltung der Zolleingliederung des Saargebietes in Frankreich bis zum Jahre 1935 forderte.

Diese Auffassungen des genannten Blattes sind so typisch für die Einstellung gewisser französischer Kreise innerhalb der Saarregierung, daß man zu der Auffassung kommen muß, daß die Darlegungen aus diesen Kreisen selbst kommen. Spricht doch hieraus geradezu eine hündische Angst, durch eine vorzeitige Liquidierung der Saaraffäre könnten gewisse Konjunkturpolitiker im Saargebiet ihre Nebengeschäfte verlieren. Denn tatsächlich liegen die Dinge so, daß eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die aus Frankreich nach dem Saargebiet gezogen wurden und hier hauptsächlich oder halbamtliche Beschäftigung in der Saarregierung haben, ihre Stellung dazu ausnützen, um gewinnbringende Geschäfte auf Kosten der Saargebietsbevölkerung zu machen. Diese Kreise sollten sich aber keinerlei Illusionen darüber hingeben, daß nach Aufgabe des gegenwärtigen, nach jeder Richtung hin unhaltbar gewordenen Regimes im Saargebiet die Zolleinheit des Saargebietes mit Frankreich aufrecht erhalten würde. Daran denkt selbst in Frankreich kein vernünftiger Mensch. Es ist übrigens gar nicht so lange her, daß von Seiten der französischen Wirtschaft gegen die Zollgemeinschaft des Saargebietes mit Frankreich aus Gründen drückender Konkurrenz der saarländischen Industrie heftig Sturm gelaufen wurde. Wenn von Seiten der Metz Handelskammer gegen eine Aenderung des jetzigen wirtschaftlichen Regimes Einspruch erhoben worden ist, so spricht daraus in erster Linie die Tatsache, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der Stadt Metz zum Innern Frankreichs sich weniger rege gestalten haben, als mit dem Saargebiet, wo die alten Verbindungen noch nicht völlig abgerissen sind. Dieser Metz Protest richtet sich letzten Endes also gegen das französische Wirtschaftsregime, wie es sich in Elsaß-Lothringen ausgewirkt hat.

Im übrigen aber lassen die Bemerkungen des Genfer Blattes nur eines deutlich erkennen, daß man mit dem Saargebiet, das man sich in Versailles unter lügenerischen Behauptungen erschlichen hat, nun nochmals ein möglichst fettes Geschäft machen möchte. In Frankreich verkennt man aber vielleicht doch die Situation. Deutschland ist bestimmt zu einer ehrlichen Verständigung bereit. Dieser Verständigung will es auch Opfer bringen. Es verlangt aber, daß auch die andere Seite zu entsprechenden Opfern als Beweis ehrlichen Verständigungs-willens bereit ist. Deutschland hat als solchen Beweis die Räumung von Rhein und Saar gefordert. Eine eingangs erwähnte geschickte französische Propaganda hat aber verstanden, die Gesichtspunkte zu verschleiden. In Frankreich selbst ist die Mehrheit der Masse heute des Glaubens, daß Deutschland der Bittende sei. Vielleicht würde man seine Auffassungen selbst in Paris ändern, wenn die Öffentlichkeit die Tatsache stärker unterstriche, daß Frankreich Deutschland um seine Hilfe in seinen Währungs- und Finanznöten gebeten hat. Deutschland hat keinen Anlaß, sich Frankreich aufzudrängen, wenn es sieht, daß man Deutschlands Hilfsbereitschaft zu mißbrauchen versucht. Deutschland kann sich heute durchaus auf den Standpunkt stellen, daß es warten kann, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Auf ein Jahr mehr oder weniger kommt es nun schließlich auch nicht an. Das Rheinland und das Saargebiet haben wiederholt erklärt, daß sie eine frühere Freiheit nicht mit neuen dauernden Lasten für die Gesamtheit des deutschen Volkes erkaufen wissen wollen. Vielleicht findet Frankreich leichter wieder zu einer sachlichen Verhandlungsbasis, wenn Deutschland heute erklärte, daß es sich auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages zurückzieht. Diese sehen hinsichtlich der Besatzungsfristen im Rheinland sofortige Räumung bei Erfüllung seiner Vertragspflichten, hinsichtlich des Saargebietes sofortige Räumung ohne jegliche Bedingungen vor. Falls Frankreich diese Bestimmungen nicht anerkennen sollte, so ergibt sich ja jetzt auf Grund des Locarnopaktes die Möglichkeit, daß Deutschland die Einleitung eines Schiedsverfahrens beantragt.

Wenn jeder Leser uns nur zwei neue Leser zuführt, so unterstützt er damit wirksam unsere Arbeit!

Der Kampf um die deutsche Schule des Saargebiets.

Von Pfarrer Wilhelm, M. d. L., Wehrden-Saar.

Der Spruch von Versailles hat das Gebilde „Saarbeden-gebiet“ geschaffen. Mit welch verwerflichen Mitteln die französischen Unterhändler dabei arbeiteten und auf uraltes, deutsches Kultur- und Siedlungsland zugunsten imperialistischer Expansionspolitik spekulierten, soll hier nicht weiter erörtert werden. Frankreichs Absichten wurden vorläufig zu Schanden. Nach 15 Jahren soll die Saarbevölkerung selbst bestimmen, wohin sie neigt. In dieser Uebergangszeit verwaltete eine Regierungskommission zur Sicherung der Ausbeutung der Gruben das deutsche Saargebiet. Anfang 1920 erschienen, vom Völkerbund bestellt, fünf Regierungskommissare, um Land und Leute zu übernehmen. Nach den Stürmen des Krieges und den Leiden, die Umsturz und französische Besatzung mit sich gebracht hatten, sehnte sich die Bevölkerung nach Ruhe und Frieden. Und man horchte erleichtert und erstaunt auf, als die fünf Männer ihr Programm entrollten, das auf Neutralität, Gerechtigkeit und Wohlfahrt der Bevölkerung gegründet sein sollte.

Doch schon gar bald folgte Enttäuschung und Ernüchterung, und die Absicht der Regierung, die in Versailles für 1935 stipulierte Selbstbestimmung des Saarvolkes zugunsten Frankreichs zu beeinflussen, trat immer deutlicher in die Erscheinung. Sofort begann auf der ganzen Linie gegen alles Recht ein klug und zielbewußt ausgedachter Entnationalisierungsprozeß. Die französischen Machthaber erstrebten nichts mehr und nichts weniger — sogar unter Verletzung klarer Bestimmungen des Vertrages von Versailles — als die politische, sozialwirtschaftliche, verkehrstechnische und religiös-kulturelle Loslösung vom deutschen Stammland.

Handel und Verkehr wurden systematisch und ichtanós erschwert, um das Verkehrsweisen nach Westen umzustellen; Post und Eisenbahn wurden aus dem Zusammenhang der deutschen Verwaltung gerissen, eine künstliche Saareinwohnerschaft konstruiert; die bisherige gesetzliche deutsche Währung wurde planmäßig außer Kurs gesetzt; die Beamten sahen sich vor die Tatsache gestellt, ihre organisatorischen Verbindungen mit den deutschen Verbänden und Zentralen lösen zu müssen; die Arbeiter und Angestellten wurden aus dem musterhaft funktionierenden Gefüge der deutschen Sozialversicherung herausgenommen. Selbst vor dem delikaten Gebiete der religiös-kirchlichen Verwaltung machten die Bemühungen der französischen Stellen nicht halt. „Saarstaat“, „Saarheimat“, „Saarland“, „los vom bankrotten Deutschland!“, „los von Berlin!“, „weder deutsch, noch französisch“ waren die Schlagworte, hinter denen sich die bekannte „pénétration pacifique“, d. h. die langsame Umbiegung des deutschen Charakters des Saargebietes versteckte, wobei man geschickt die mißliche Lage des deutschen Vaterlandes, über das die Revolution mit ihren furchtbaren Erschütterungen hinweggebraust war, ausnützte.

Die deutsche Schule des Saargebietes, im besonderen die Volksschule, blieb nicht verschont von Versuchen, welche darauf abzielten, sie in das Gesamtsystem westlicher Orientierung einzureihen. Auch sie wurde Objekt französischer Politik. Nur von diesem Gesichtspunkte aus kann der Kampf um die Erhaltung der deutschen Schule mit allen seinen unliebsamen Erscheinungen und Wirrnissen richtig verstanden und gewürdigt werden. Dieser Kampf kam zwangsläufig, als die französische Politik sich der Schulverwaltung bemächtigt hatte, um sie als Werkzeug zur Umbiegung des deutschen Kulturwillens zu gebrauchen. Es ist falsch, zu behaupten, der unerquidliche Streit wäre von deutscher Seite her aufgeschworen worden. Die deutsche Seite hatte gar keine Ursache, den Kampf vom Zaune zu brechen, fintemalen ihr im Versailler Vertrag das deutsche Schulrecht garantiert war. Es war nichts anderes, als das natürliche Aufbäumen des Volkes gegen Entrechtung. Dieser Kampf mußte darum vor allem von den politischen Stellen, von den deutschen Parteien und ihren Vertretern geführt werden, die sich dabei in allen Phasen der Entwicklung in der Defensive befanden. Auf deutscher Seite kämpfte das Recht, auf Regierungsseite lediglich die Macht. Heute ist es ruhiger geworden. Der Kampf ist vorläufig entschieden. Die französische Machtpolitik hat Fiasko gemacht.

Man stößt auch heute noch zuweilen auf die Ansicht, im Brennpunkte des ganzen Streites hätte die konfessionelle Schule gestanden. Es mag zugegeben werden, daß in den einzelnen Entwicklungsstadien antikonfessionelle Unterströmungen, nicht bloß von deutscher Seite, sich hervorwagten, die der Bekenntnisschule abhold sind. Dabei ist und bleibt es wahr, daß der konfessionelle Charakter der Volksschule als solcher sich außerhalb der Kampfeslinie befand. Anders sagen heißt, die Frage auf ein falsches Gleise schieben. Nach § 23 der Anlage zu den Artikeln 45—50 des Friedensvertrages, sollen die Bewohner des Saargebietes unter der Aufsicht der Regierungskommission ihre Schulen, ihre religiösen Freiheiten und ihre Muttersprache

behalten“. Hier haben wir eines der Grundrechte der Saarbevölkerung. Daraus folgt, daß der status quo im Schulwesen beibehalten werden muß, daß also insbesondere an der konfessionellen Schule, die auf deutschem Recht und Gesetz beruht, von keiner Seite gerüttelt werden darf, erst recht nicht in einem Abstimmungsgebiet, das grundsätzliche Neuerungen auf dem Gebiete seiner religiösen Freiheiten und seiner konfessionellen Einrichtungen am allerwenigsten verträgt. Doch über diesen Punkt später noch mehr.

Wie schon vorhin angedeutet, haben die erregten Auseinandersetzungen, die so viel Staub aufgewirbelt haben, nunmehr ruhigere Formen angenommen, wenn auch durchaus noch nicht alle Gefahr beseitigt ist. Die derzeitige Stille kann uns aber nicht veranlassen, die schweren Fehler der Vergangenheit mit dem Mantel der Liebe zu bedecken.

Schon beim Antritt der Saarregierung ist ein unerfreulicher Akt französischer Politik gegen die deutsche Bevölkerung zu vermerken. Es wäre doch so natürlich gewesen, die Abteilung für Kultus und Schulwesen dem deutschen bzw. dem saarländischen Mitglied der Regierungskommission zu unterstellen. Frankreich, dessen Einfluß im Völkerbund damals allmächtig war, setzte es aber durch, daß von Moltke-Huitfeldt, ein Däne (sozialfranzösischer Einstellung und Freidenker, der nicht einmal die deutsche Sprache beherrschte, an die Spitze der deutschen Schulabteilung gestellt wurde. Die Erfahrung hat dann auch gelehrt, daß es diesem Manne nicht möglich war, das erforderliche Verständnis für die Pflege der deutschen Schule aufzubringen. Dagegen hatte er eine glückliche Hand in der Auswahl von Maßnahmen, die voraussichtlich seinen Franzöisierungsbestrebungen Vorstoß leisten könnten. Die Saarbevölkerung sah diesen Mann gern scheiden. Er blieb ihr und der Schule von Anfang an fremd. Wäre Herr von Koch, der zuerst in Aussicht genommen war, der oberste Leiter der Schule geworden, die Entwicklung wäre gewiß anders gelaufen, oder er hätte auch auf diesem Posten als Mann von Charakter den französischen Zudringlichkeiten gegenüber die Konsequenzen gezogen. Einige Maßnahmen der Regierungskommission sind bezeichnend für die Ära von Moltke-Huitfeldt. Die Volksschullehrer wurden am 29. 7. 1920 zu unmittelbaren Staatsbeamten erklärt. Am 24. 11. 1920 kam sodann eine weitere Verfügung heraus, welche die Besoldung der Lehrerschaft dem Regierungsetat zuwies. Wenn heute von gewisser Seite darauf hingewiesen wird, daß die genannten Maßnahmen der Regierungskommission doch auch von der Lehrerschaft gewünscht worden seien, so mag das stimmen. Dann muß aber auch gesagt werden, daß dieser Wunsch damals sehr verständlich und einer wirklich neutralen und gerechten Regierung gegenüber an sich unverfänglich war. Niemals aber hat die Lehrerschaft gewünscht, daß die Regierung diese Neuordnung als Vorwand benutzen möchte, um sie ganz in ihre Hände zu bekommen und die Organe der kommunalen Schulpflege fast jeglichen Einflusses auf die Verwaltung der Schule zu berauben. Der Verordnungsentwurf betr. Bildung von Schulkommissionen, von dem noch später die Rede ist, stütze sich gerade auf die beiden obigen Akte der Schulabteilung, um den Gemeinde- und Stadtverwaltungen auch den letzten Rest von Selbstverwaltung auf dem Schulgebiete zu nehmen. Heute ist jedem Einsichtigen klar, daß mit Rücksicht auf unsere politischen Verhältnisse jene Wünsche besser unterblieben wären. Denn die französischen Kreise in der Regierung haben diese Wünsche nur deshalb so freudig angenommen und zur Durchführung gebracht, weil sie sich der angenehmen Hoffnung hingaben, in der Lehrerschaft ein gefügiges Werkzeug für ihre Verwelschungspläne zu bekommen, worin sie sich freilich gründlich getäuscht haben. Die Geschichte der Lehrerbefolgung wird von diesem Gesichtspunkte aus am besten verstanden. Das Verbot des Anschlusses an die Lehrerorganisationen im Reich wurde erst am 24. 9. 1924 aufgehoben. Auch das ist deutlich. Machtpolitik!

Geradezu typisch für ihre politische Einstellung war das Bestreben der Regierung, auch den Zusammenhang der Saarschule mit der des übrigen Rheinlandes in jeglicher Weise zu lockern und hier alles auf eigene Füße zu stellen mit einem gewaltigen Verwaltungsapparat als Kopf. Der Friedensvertrag fordert diese ideelle und technische Loslösung vom deutschen Schulbetrieb durchaus nicht; auch ist sie nicht zweckmäßig, da ja nach einigen Jahren ganz gewiß der neue, kaum richtig eingespielte Apparat wieder umgestellt werden muß auf deutsche Verhältnisse. War es also notwendig, daß eigene Schulbücher für das kleine Saargebiet eingeführt wurden? Hätte man nicht die Schulbücher einschließlich Bibel und Lesebuch von

drüben übernehmen können? Ich verstehe wohl die Pflege des Heimatgedankens und schätze seinen Wert, besonders für die unteren Schulstufen. Ob aber im Lesebuch für die oberen Jahrgänge das großdeutsche Moment, d. h. die großen vaterländischen Erinnerungen und Tatsachen genügend beachtet worden sind?

Im Zusammenhang mit dem Gesagten seien des weiteren die Ferienkurse für Lehrer erwähnt, die mit staatlicher Subvention in Genf, Lausanne, Boulogne und Nancy bis in die letzten Jahre eingerichtet und besucht wurden. Auch diese Ferienkurse bewegen sich auf derselben Linie der Schulpolitik, die wir bisher aufgezeigt haben. Die persönliche deutsche Gefinnung der Teilnehmer auch nur im mindesten anzutasten, liegt mir fern. Die Frage sei aber erlaubt: Wozu diese Verschwendung saarländischer Gelder, um deutsche Lehrer für einige Wochen vom Lichte der französischen Geistessonne beschneiden zu lassen? Hätte die Regierung die deutsche Schule fördern und für Weiterbildung der saarländischen Lehrer sorgen wollen, dann hätte sie z. B. die Hochschulpfortbildungen, die seinerzeit von der Lehrerkammer eingerichtet wurden, reichlicher subventionieren können. Allerdings im letzten Winter, als der verjöhnliche Geist von Locarno im Saargebiet leise zu wehen begann, hat man zu diesem Zwecke etwas tiefer in den Regierungssäckel gegriffen.

Wir kämen nun zum Kapitel von den französischen Schulen im Saargebiet. Aber was in aller Welt haben die französischen Schulen mit der Regierungskommission zu tun? Die französischen Schulen des Saargebietes sind gegründet worden von der französischen Bergverwaltung. Diese trägt ihre Kosten und stellt das Lehrpersonal an. Zur Leitung des französischen Schulwesens besteht eine der Bergwerksdirektion angegliederte französische Schulverwaltung, die selbständig und von der Regierungskommission unabhängig ist. Die Gründung der französischen Schulen erfolgte nach § 14 der Anl. zu Teil III Abschn. 4 des Vertrages von Versailles. Dieser § 14 lautet: „Der französische Staat kann jederzeit als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen oder technische Schulen für das Personal oder die Kinder des Personals gründen und unterhalten und darin den Unterricht in französischer Sprache nach einem von ihm festgesetzten Lehrplan durch von ihm ausgewählte Lehrer erteilen lassen.“ Die Saarbevölkerung steht nun auf dem Standpunkte, daß nach dem Wortlaut und Geist des Versailler Vertrages Gründung und Besuch der französischen Schulen im Saargebiet nur für französische Kinder vorgesehen ist. Es ist nun leider das zweifelhafte „Verdient“ unserer Regierungskommission, den Boden des Vertrages verlassen und ihre Neutralität verletzt zu haben. Aus politischem Zielstreben heraus, nämlich die Abstimmung im Jahre 1935 zugunsten Frankreichs vorzubereiten, hat die Regierungskommission durch besondere Verfügungen auch den Kindern deutscher Bergleute und sogar auch den Kinder von Nichtbergleuten die französischen Schulen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Schulpflicht zugänglich gemacht. Die deutsche Bevölkerung schüttelte den Kopf damals ob solchen Vorgehens, aber die Regierung berief sich auf ihr Recht, die Bestimmungen des Friedensvertrages zu interpretieren. Wir können in dieser Interpretation nur einen Nachakt französischer Politik sehen, als deren Vertreter wir einen von Molke-Huitfeldt und einen Präsidenten Rault ansprechen müssen. Die französische Schule für deutsche Kinder im Saargebiet ist ein flagranter Unrecht, gegen das die deutsche Regierung im Bewußtsein ihres Rechtes und die übrige politische Welt immer energischer protestierten. Daß in den Jahren 1921 bis 1924 weitere Verordnungen herauskamen, die das Verhältnis der französischen und deutschen Schule zueinander regelten und weniger schädlich für letztere gestalteten, ist, vom Rechtsstandpunkt aus betrachtet, ziemlich belanglos. Ein Unrecht wird dadurch nicht gebessert, daß man seine bösen Wirkungen reguliert. Man muß es beseitigen, vorausgesetzt, daß man dazu in der Lage ist. Auch hat es keinen Zweck, genau abzuwägen, welche Beamten der Schulabteilung am meisten getan hätten, um die Verordnungen betr. französische Schule möglichst unschädlich zu machen. Es bleibt Tatsache, daß die ganze Frage der französischen Schule faul ist. Ein Minister Espinosa hätte niemals den Vertrag von Versailles zu Ungunsten Deutschlands ausgelegt. Mächtige er doch kein Hehl daraus, daß Deutschland mit seiner Auffassung im Rechte sei. Es bleibt also Tatsache, daß die damalige Schulabteilung in der Frage der französischen Schule sich als Bundesgenosse der französischen Bergwerksverwaltung erwiesen hat. Alle Radiermesser der Welt reichen nicht aus, um die Makel zu tilgen, die der damalige oberste Leiter der Schulabteilung sich zugezogen hat. Die Gründung und Ausbreitung der französischen Schule hätte sich leicht zu einer großen Gefahr, ja zu einer Katastrophe für die deutsche Schule auswachsen können, wenn nicht der hochwürdigste Herr Bischof von Trier durch seinen Hirtenbrief und die einmütige Abwehr der Geistlichkeit beider Konfessionen, sowie die Parteien des Landestages und namentlich ihre Delegationen in Genf und Rom, die einmütigen Kundgebungen der Lehrer- und Lehrerinnenverbände, die unermüdlige Aufklärungsarbeit der Presse und der gesunde Sinn der Bevölkerung, besonders die Abwehrstellung der Berg-

arbeiter, diesen groß angelegten Versuch zur Verweltlichung der saarländischen Jugend durchkreuzt hätten. Heute liegt das Flask der französischen Grubenschule vor aller Öffentlichkeit auf. Möge der Tag bald aufdämmern, an dem die letzte französische Schule ihre Pforte im Saargebiet schließt.

Aber könnte denn durch die Förderung der französischen Schule nicht einer gewissen Verständigung der Völker vorgearbeitet werden, die doch so wünschenswert sei und im beiderseitigen Interesse lege? Die Regierungskommission, die wohl fühlte, daß in Sachen französische Schule das Recht auf der Seite der Bevölkerung sei, machte sich diesen Gedanken zu eigen, um ihre Haltung zu rechtfertigen. In ihrem Bericht vom 1. 9. 1924 an den Völkerbundsrat fand sie schöne Worte von „gesundem Wettstreit“ der beiden Schularten, von „besseren Beziehungen“ der beiden benachbarten Nationen und „besserem gegenseitigen Verständnis“, das auf diese Weise angebahnt werde. Dem muß entgegengehalten werden, daß eine Mißachtung der Forderungen der Gerechtigkeit die Internationalisierung und Fraternisierung der Völker niemals fördern wird, und daß diese Mißachtung erst recht in Grenz- und Abstimmungsgebieten niemals dem wahren Frieden dienen kann, wie auch die deutsche Regierung in ihrer Note an den Völkerbundsrat vom 16. 9. 1924 treffend bemerkte. Bei allen Streitigkeiten der Einzelnen und der Völker muß stets die Frage aufgeworfen werden: Was ist Recht? Die klare Herausstellung des Rechtsstandpunktes ist der Ausgang jeglicher Schlichtung. Die französische Schule des Saargebietes ist aber geboren aus den selbstsüchtigen Interessen des französischen Imperialismus, der seit Jahrhunderten und besonders in der Nachkriegszeit die Signatur der französischen Politik ist. Die Saarbevölkerung will ehrlich den Frieden und die Verständigung, aber unter strikter Wahrung ihrer Heimat- und Volksrechte und ihrer nationalen Gemeinschaft mit dem deutschen Mutterlande. „Gerechtigkeit und Friede küssen sich“. (H. Schrift.)

Uebrigens genügt dem westlichen Egoismus die französische Schule noch nicht. Im Jahre 1922, als letztere, durch allerlei Lock- und Druckmittel begünstigt, eine gewisse Verbreitung schon gefunden hatte, ging man noch dazu über, das Französische mitten in den Organismus der deutschen Schule hineinzubauen. Es kam der bekannte „obligatorisch-fakultative“ französische Sprachunterricht, der merkwürdigerweise in jüngster Zeit unter dem Minister Bezzeny sogar eine Neuaufgabe erlebte, weil wohl die alte ziemlich vergriffen war. Man schuf sogar neben der Schulabteilung und angeblich unabhängig von ihr ein eigenes Dezernat zur Förderung und Beaufsichtigung dieses Unterrichtes, an dessen Spitze man den französisch gesinnten Reichsweizer Du Pasquier stellte. Mit einem Schein von Recht konnte man Zweckmäßigkeitsgründe für diese Neuerung anführen in einem Grenzgebiet, wo zwei Kulturen und Wirtschaftsgebiete aneinanderstoßen. Und trotzdem ist auch hier die politische Linie beibehalten: Kampf gegen das Deutsche, d. h. Französisch, sogar auf Kosten des Deutschen. Wenn lediglich wirtschaftliche Gründe und solche der Zweckmäßigkeit leitender Gesichtspunkt gewesen wären, warum hat man dann diesen fakultativen Unterricht auf so breite Basis gestellt, insofern man alle Kinder zur Teilnahme aufforderte, auch solche, die wegen ungenügender Begabung eine Fremdsprache gar nicht verdauen können? Wollte man einem bestehenden Bedürfnisse abhelfen, so hätte man wenigstens die minderbegabten Kinder ausschließen müssen, im Interesse dieser Kinder selbst und — im Interesse der Begabten. Der Schreiber dieses hat anfangs diesen Unterricht mißher beurteilt. Er glaubte darin das geringere Übel, ein Gegengewicht gegen die französischen Schulen sehen zu können. Heute ist ihm klar, daß wir auch hier eines jener Mittel vor uns haben, durch die Frankreich seine selbstsüchtigen Absichten an der Saar fördern will.

Den Höhepunkt der oft unliebsamen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Bevölkerung bildet der Verordnungsentswurf betr. Bildung von Schulkommissionen vom Herbst 1923. Am liebsten möchte ich diese Episode saarländischer Geschichte mit Stillschweigen übergehen. Aber sie gehört auch — wenigstens teilweise — in die bekannte Linie. Monatslang hat dieser Schulkampf — manche sagen: Schulkandal — die Gemüter leidenschaftlich erregt. Die Zentrumsfraktion des Landestages hat damals im Vordertreffen gestanden und sie scheut sich auch heute noch nicht, die Verantwortung vor ihrem Gewissen und vor dem Volk zu tragen. Leider wurde die sachliche Behandlung der Meinungsverschiedenheiten zuweilen beeinträchtigt durch Persönliches, allzu Persönliches und sonstige Dinge, die man gerne Imponderabilien nennt und die mit dem Fragepunkt an sich nichts zu tun hatten. Es wäre eine Geschichtsfälschung der Zentrumsfraktion, unlautere Beweggründe unterzuschleichen und zu behaupten, sie hätte aus nationalistischer Ueberspanntheit gehandelt und mutwillig den Kampf gegen Personen geführt. Wir sind niemals die Angreifer gewesen, sondern wir haben nur unser Recht als Abgeordnete ausgeübt, den Entwurf verantwortlich zu begutachten. Dafür haben wir das Zeugnis der Geschichte. Allerdings hatten ich und wohl auch andere damals den Eindruck — es war

die erste Zeit des bestehenden Landesrats und die Hochkonjunktur des Poincarismus und der Ruhrinvasion — daß man von gewisser Seite die Mitglieder des Landesrats so quasi als rabiate Schuljungen ansah, die sich in den Kopf gesetzt hätten, unter allen Umständen Opposition zu machen gegen alles, was von der Allee-straße käme. Es war die Zeit, wo es eben als „Gnade“ galt, daß das Saargebiet eine Volksvertretung hatte, die auch sogar reden durfte. Wenn es heute besser geworden ist, so folgt daraus nicht, daß es immer so war.

Nach diesen Abschweifungen nunmehr zum Gesetzentwurf selbst. Der verfügbare Raum gestattet mir nicht, alle Ereignisse aus jenen Tagen (August bis Ende Oktober 1923) zu zeichnen. Eine genauere Darstellung und Bearbeitung der Details würde ein Buch füllen. Nur das sei hier festgestellt, daß die Geister der verschiedenen Schulinteressenten (Regierung, Gemeinden, Kirche, Eltern, Lehrer) heftig aufeinanderplagten, und daß trotz aller Bemühungen, Verhandlungen, Konferenzen und Besprechungen, eine einheitliche Beurteilung der Materie, die einigermaßen alle befriedigt hätte, nicht erzielt wurde. Bemerkenswert sei, daß die kirchlichen Behörden, obwohl die neue Gesetzesvorlage in die kirchliche Rechts- und Interessensphäre tief einschneidet, keine Gelegenheit bekamen, sich offiziell zum Entwurf zu äußern. Wäre das geschehen, wie es sonst bei einschlägigen Gesetzgebungsakten üblich war und noch ist, so wäre gewiß dem Kampf die Schärfe genommen worden und die politische Vertretung der Saarkatholiken hätte leichte Arbeit gehabt. Am 31. Oktober 1923 hat die Zentrumsfraktion des Landesrates einstimmig den Entwurf abgelehnt. Warum? Erstens, weil das Gesetz nicht notwendig war, zweitens weil seine Annahme unklug gewesen wäre.

Zu 1. Das neue Gesetz war nicht notwendig. Es mag in gewisser Beziehung wünschenswert gewesen sein, aber nicht alles, was wünschenswert ist, kann man zum Gesetz erheben. Die konfessionelle Volksschule bestand von jeher im Saargebiet (von einzelnen Ausnahmen abgesehen) und war sogar durch das preußische Volksschulunterrichtsgesetz von 1906 und durch bayerisches Gesetz in der Pfalz festgelegt. Ebenso waren in dem preußischen Gesetz die konfessionellen Schulkommissionen vorgesehen, wenn dieselben auch vielerorts nicht eingerichtet waren. Der Regierungsentwurf stieß also in dieser Beziehung offene Türen ein. Wenn es der Regierungskommission nur um eine größere Sicherung der Konfessionen zu tun gewesen wäre, dann hätte der ganze Streit vermieden werden können. Es hätte lediglich einer ministeriellen Anweisung bedurft, die im bestehenden Gesetz vorgesehenen Kommissionen durch einige Paragraphen auszubauen und allgemein im Saargebiet einzuführen. Und alle Schulinteressenten wären befriedigt gewesen; doch daran hatte die Regierung kein Interesse.

Daß die Schulkommissionen keinem dringenden Bedürfnis entsprachen, geht daraus hervor, daß die Volksschule nachher wie vorher ohne die Kommissionen recht gut gefahren ist. Wenn das der Schulabteilung, die über die konfessionelle Schule eben die schützende Hand hält, als Verdienst gebucht werden soll, so bin ich der Letzte, der ihr das Verdienst schmälern möchte. Ich sehe nur die Sache von einem anderen Gesichtspunkte. Es ist heilige Pflicht einer jeden Schulabteilung, Recht und Gesetz zu schützen. Und die konfessionelle Schule ist bestehendes Recht und Gesetz und nicht bloß im Versailler Vertrag, sondern auch im Willen des Volkes garantiert. Und sollte irgend jemand, gleichviel wer in der Regierung, sich an der konfessionellen Volksschule vergreifen wollen, so würde im Saargebiet der Tanz losgehen, gegen den das, was jetzt in Elsaß-Lothringen vorgeht, noch ein Kinder-spiel ist.

Zu 2. Die Annahme des Entwurfes hätte nicht der Klugheit entsprochen. Um das zu verstehen, muß man seine Tendenz klar ins Auge fassen. Bisher lag die örtliche Schulverwaltung und die Wahl der Lehrer in der Hand der Schulvorstände und Schuldeputationen, die von Gesetzeswegen Gemeindeorgane waren. Welches ist nun die Tendenz der Schulkommissionen? Diese Kommissionen wollen die Funktionen der inneren Schulverwaltung, die bisher von den Schulvorständen und Schuldeputationen ausgeübt wurden, aus dem Zusammenhang mit den Gemeinde- und Stadtverwaltungen lösen, und diese so losgelösten Kommissionen erhalten den Charakter staatlicher Organe. Die Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung, die etwas urdeutsches und echt rheinisches ist, haben in diesen staatlichen Organen selbstverständlich nichts zu suchen. Diese Fernhaltung der Gemeindeverwaltung ist der springende Punkt im Entwurf, nicht die konfessionelle Idee. Denn diese Idee hätte sich auch verwirk-

lichen lassen, wenn der Zusammenhang der Kommissionen mit der Gemeindeverwaltung in irgendeiner Form beibehalten worden wäre. Die Regierungskommission wollte eben die gesamte Schulverwaltung und namentlich die Personalien in ihrer Hand zusammenziehen und so ihre Macht erweitern. Einerseits Schmälerung der Gemeinderichte — andererseits Erweiterung und Stärkung der staatlichen Rechte und damit Zentralisierung auf dem gesamten Schulgebiete. Das ist französische Politik, aber nicht katholischer Standpunkt. Besonders die Städte (Saarbrücken) wären durch das neue Gesetz hart betroffen und ihrer bisherigen Freiheit einfach beraubt worden. Und gerade darauf war es abgesehen. Daher erklärt sich der starke Widerstand, der von Gemeinden und Städten gegen das neue Gesetz erhoben wurde. Für eine politische Partei war es einfach untragbar, in einer Zeit, wo der nationale Gedanke im Saargebiet um seine Existenz rang, einer vorübergehenden und landfremden Regierung die Schule und die Anstellung der Lehrer auszuliefern. Dabei ist interessant, daß dieselbe Regierung auf den Schulzentrismus lossteuerte, welches sich in jener Zeit fast überbot in Verurteilung des alten preußischen Zentralismus und Absolutismus. Hervorgehoben sei, daß auch die Vertreter der Pfalz den Entwurf ablehnten und von einer Vereinheitlichung mit dem preußischen Teil des Saargebietes in Schulfragen auf Kosten ihrer bisherigen Gesetzgebung nichts wissen wollten.

Nebenbei bemerkt, gewinnen wir vom Boden der Schulkommissionsvorlage aus Verständnis für die Streitigkeiten, die sich zwischen Zentralverwaltung und Stadtverwaltung auf dem Schulgebiet entsponnen haben. Diese Regierung mußte mit jeder Stadtverwaltung, die auf ihre Selbstverwaltungsrechte hält, in Konflikt geraten.

Ich glaube bewiesen zu haben, daß die Zentrumsfraktion am 31. 10. 1923 nicht aus persönlichen Gründen und auch nicht leichtfertig gestimmt hat. Sie hat aber mehr getan; sie hat als Gegenentwurf ein Gutachten in die Hand der Regierung gelegt, welches die konfessionelle Idee, um die heiß gekämpft wurde, mindestens gerade so sichert als der ursprüngliche Regierungsentwurf, dabei das Elternrecht betont und die Rechte der Gemeindeverwaltung genügend herausstellt und auch die übrigen Klippen umgeht, an denen der erste Entwurf gescheitert ist. Dieses Gutachten stützte auf der überlieferten gesetzlichen und rechtlichen Lage und stellt sich als ein zeitgemäßer Ausbau des § 45 des Volksschulunterrichtsgesetzes vom Jahre 1906 dar. Es ist ein Vorzug dieses Gutachtens, daß es an die Tradition anknüpft und sie höher führt. Es war von konfessionellem und deutschem Standpunkte aus einwandfrei. Es war geeignet, die Verständigung unter den Erziehungsberechtigten herbeizuführen und den Schulfrieden zu gewährleisten. Die Regierung hat dieses Gutachten nicht zum Gesetz erhoben. Die Haltung der Zentrumsfraktion schlug starke Wellen auf Monate hin und löste eine längere Pressepolemik aus. Zurzeit haben sich die unruhigen Wogen gelegt. Andere Fragen sind in den Vordergrund getreten und verlangen nach Lösung, wirtschaftliche und sittliche Fragen. Ein dankbares Feld der Tätigkeit der Regierung wäre die sittliche Bewahrung der Jugend, die Jugendwohlfahrt, Kampf gegen Schund und Schmutz und Auswüchse des Kinos usw. Was nützt schließlich eine konfessionelle Schule, wenn grauenhafte Unsitlichkeit, die in Stadt und Land immer kühner ihr Haupt erhebt, die Seele der Jugend vergiftet und sie schließlich unempfindlich macht für die Ideale des Glaubens und des Vaterlandes?

Ein Wort noch zum Schluß. Ich habe den Kampf um die deutsche Schule an der Saar dargestellt. Mein Bestreben war, die Wahrheit zu schildern, wie ich sie erlebt und erkannt habe — keinem zu Lieb und keinem zu Leid. Ob die Gefahren in der Zukunft beseitigt sind? Es wird notwendig sein, die Augen offen zu halten. Ueberraschungen sind nicht ausgeschlossen, wenn auch von Paris aus ein sanfterer Ton angeschlagen wird. Frankreich wird seine imperialistische Politik vielleicht in anderer Form fortsetzen. Personen sind hier nicht ins Auge gefaßt. Die treibenden politischen Kräfte sind letzten Endes unpersönlich und sind stärker als die Personen, können also auch nicht immer durch einzelne Personen, mögen dieselben auch gut gesinnt sein, aufgehalten werden. Das gilt auch von der Schulpolitik, die nur ein Ausschnitt aus der Gesamtpolitik ist. Darum wird der Kampf um die deutsche Schule an der Saar erst dann beendet sein, wenn das Saargebiet dem Vaterland wieder zurückgegeben ist.

„Deutsch ist die Saar, deutsch immerdar.“

Ein Saar-Rhein-Kanal-Projekt.

Seit einigen Wochen beschäftigt man sich in den Kreisen der saarländischen und pfälzischen Wirtschaft mit einem Projekt, das die Saar mit dem Rhein auf kürzestem Wege durch einen Kanal verbinden soll. Die Anregungen hierzu gehen vom Saargebiet aus, das sich in zunehmendem Maße mit der Möglichkeit einer baldigen Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland beschäftigt. Beeinflusst wurden diese Anregungen und Pläne durch die deutsch-französischen Verhandlungen zur Beseitigung aller die beiden Länder betreffenden Differenzpunkte. Unter diesen wurden in erster Linie die Rheinlandschifffahrt und die Saarfrage nicht nur in den privaten Erörterungen der Presse, sondern auch von verantwortlichen Ministern genannt.

Ob sich diese Hoffnungen auf Rückführung des Saargebiets zum deutschen Mutterland in Bälde erfüllen werden, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß in den deutsch-französischen Verhandlungen, wie sie durch die Zusammenkunft Stresemanns und Briands in Thoiry eingeleitet worden sind, die Saarfrage eine Rolle spielt. Unter diesen Umständen ist es nicht nur begreiflich, sondern notwendig, daß sich neben den politischen auch die wirtschaftlichen Faktoren des Saargebiets mit den Auswirkungen beschäftigen, die eine Wiederzurückführung des Saargebiets zu Deutschland und die Wiedervereinigung des saarländischen mit dem übrigen deutschen Wirtschaftsleben mit sich bringen müßte. Bei der gegenwärtigen Lage der Saarwirtschaft mit ihrer durch die Frankeninflation stark zusammengeschrumpften Kapitalsubstanz, werden für die Saarwirtschaft Probleme angeschnitten, deren Lösung nur durch weitsehende Vorbereitung ohne allzu großen materiellen Schaden herbeigeführt werden kann.

Zu diesen weitsehenden Vorbereitungen gehört die Erörterung des Transportproblems für die Saarwirtschaft. Das Saargebiet liegt zu dem billigsten Transportweg, dem Rhein, geographisch außerordentlich ungünstig. Deshalb hat schon Jahrzehnte vor dem Kriege die Saarwirtschaft für die Schaffung eines Wasserweges die allergrößten Anstrengungen gemacht. Man dachte dabei in erster Linie an eine Kanalisierung der Saar und Mosel als Fortsetzung des Saar-Kohlenkanals. Wir haben über dieses Projekt, daß vor dem Kriege vor allem durch den Widerstand der rheinisch-westfälischen Industrie gescheitert ist, erst kürzlich eine Veröffentlichung gebracht. Sie ist neuerdings von den Wirtschaftsinteressenten Triers wieder neu aufgenommen worden, wo sich bekanntlich eine Geschäftsstelle für die Saar-Mosel-Kanalisierung befindet.

Wie die Dinge heute aber liegen, ist trotz der Großzügigkeit des Reichsverkehrsministeriums in der Durchführung und im Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes in absehbarer Zeit kaum damit zu rechnen, daß die Saar-Mosel-Kanalisierung sobald der Verwirklichung entgegengeführt werden wird. Diese Erwägungen sind daher wohl auch mit maßgebend gewesen, daß sich die Saarwirtschaft einem anderen Projekt zuwandte, das einen viel kürzeren Wasserverkehrsweg zwischen Saar und Rhein schaffen würde: dem Saar-Pfalz-Rhein-Kanal. Vor dem Kriege unterhielt das Saargebiet gerade mit Süddeutschland die lebendigsten wirtschaftlichen Beziehungen. Süddeutschland war der beste Abnehmer für die Saarkohle. Süddeutschland liegt dem Saargebiet gegenüber den übrigen Wirtschaftszentren Deutschlands am nächsten. Die restlose Auswertung dieser an sich günstigen wirtschaftlichen Gesamtlage für die Saarwirtschaft war jedoch deshalb nicht möglich, weil die Frachttarife für die saarländische Produktion wesentlich höher sein mußten, da als Warentransportstraßen lediglich die Eisenbahnen in Frage kamen. Die Eisenbahnfrachten verteuern selbstverständlich die Waren um so mehr, je länger der Weg ist, den die Waren zwischen Produktions- und Konsumgebiet zurückzulegen haben. Wenn man auch der Saarwirtschaft vor dem Kriege durch Gewährung von Sondertarifen auf der Eisenbahn entgegenzukommen versuchte, so blieb sie gegenüber der rheinisch-westfälischen Industrie immer im Nachteil. Selbst wenn in Zukunft auch solche Sondertarife für die Saarwirtschaft deutscherseits wieder gewährt werden sollten, so kämen sie für die lothringischen Erze nicht in Frage, da die lothringischen Bahnen selbstverständlich gar kein Interesse daran haben werden, für den Erztransport nach dem Saargebiet Vorzugstarife zu gewähren.

Wenn die Saarindustrie nach ihrer Wiedervereinigung mit der deutschen Wirtschaft sich erfolgreich auf dem Weltmarkt mit der übrigen deutschen Industrie behaupten will, dann muß sie

vor allem danach trachten, eine Wasserstraße nach dem Rhein zu erhalten. Je kürzer dieser Wasserweg ist, je vorteilhafter werden sich für die Saarindustrie die Frachtsätze gestalten. Während bei einer Saar-Mosel-Kanalisierung der Wasserweg bis zum Rhein mehr als 300 Kilometer ausmachen würde, würde er bei einem direkten Saar-Pfalz-Kanal nur etwas mehr als 110 Kilometer betragen. Da aber wahrscheinlich in Zukunft das Hauptabgabengebiet für die Saarwirtschaft wiederum in Süddeutschland liegen wird, so käme bei einem Saar-Pfalz-Kanal eine Verkürzung des Frachtweges um die Strecke von Koblenz bis Ludwigshafen hinzu. Ein Saar-Pfalz-Rhein-Kanal würde somit unter allen Umständen die vorteilhafteste Wasserstraße für das Saargebiet sein. Aber nicht nur die Saarwirtschaft, auch die Westpfalz mit ihren zum Teil recht bedeutsamen Industriezweigen, desgleichen die Mittelpfalz und ganz besonders die Vorderpfalz würden von einem Saar-Rhein-Kanal Vorteile ziehen.

Zurzeit ist man damit beschäftigt, das Projekt eines solchen Saar-Rhein-Kanals in seinen technischen und wirtschaftlichen Einzelheiten auszuarbeiten und zu prüfen. Am 22. Oktober hatte eine Abordnung der Saarwirtschaft Gelegenheit, dem Reichsverkehrsminister Dr. Krohne das Projekt des Saar-Pfalz-Rhein-Kanals zu unterbreiten, und ihn im Namen der saar-deutschen und pfälzischen Wirtschaftskreise um geeignete Prüfung des Planes zu bitten. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat der Reichsverkehrsminister die Wünsche der Herren aus dem Saargebiet, die sich namentlich auf das Projekt des Saar-Pfalz-Kanals bezogen, zur Kenntnis genommen und wohlwollende Prüfung zugesagt. Ueber die Aussichten des Projektes kann allerdings zurzeit nichts Näheres mitgeteilt werden, da dem Reichsverkehrsministerium, wie verlautet, noch keine schriftlichen Unterlagen des bisher nur in ganz großen Umrissen bekannten Projektes vorliegen. In Berliner unterrichteten Kreisen glaubt man auch nicht, daß der Gedanke des Saar-Pfalz-Kanals schon in nächster Zeit zur Verwirklichung gelangen kann, da andere größere Kanal-Projekte, in erster Linie der Aachen-Rhein-Kanal, die vorläufig verfügbaren Mittel in Anspruch nehmen dürften. Jedenfalls ist aber das Saar-Pfalz-Kanal-Projekt nunmehr dem Reichsverkehrsministerium unterbreitet worden.

Die Handelskammern von Ludwigshafen und Kaiserslautern wie selbstverständlich auch die von Saarbrücken haben sich für das Projekt ausgesprochen und seine Wichtigkeit und Notwendigkeit aus wirtschaftspolitischen Gründen dargelegt und nachgewiesen. Dabei ist ausdrücklich hervorzuheben, daß sich niemand im Saargebiet etwa der Meinung hingibt, daß dieses Projekt schon im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms, wie es seinerzeit von der Reichsregierung beschlossen und vom Reichstag genehmigt worden ist, zur Ausführung kommen könnte. Bevor nicht die Frage der Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland restlos geklärt ist, kann an eine Verwirklichung des Kanalprojektes kaum herangetreten werden, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Saarregierung mit zur Entscheidung herangezogen werden müßte. Dazu liegt aus verschiedenen Gründen keine Veranlassung vor, das umso weniger, als dieser Kanal, wenn er gebaut würde, der Saarindustrie erst dann Vorteile bringen könnte, wenn die Saarwirtschaft mit der übrigen deutschen Wirtschaft wieder einen einheitlichen deutschen Wirtschaftskörper bildet.

Unter diesen Umständen ist es auch nicht verständlich, daß mit dem Auftauchen des Saar-Rhein-Kanal-Projektes sich von Trier aus eine starke Gegenaktion geltend macht, die unter Verwerfung dieses Projektes für die Saar-Mosel-Kanalisierung eintritt. In Trier befürchtet man, ein Saar-Pfalz-Kanal könnte den wirtschaftlichen Interessen Triers Abbruch tun. Man sollte auch in Trier aus der Erfahrung gelernt haben, daß derartige Probleme weder von heute auf morgen beschloffen, noch weniger ausgeführt zu werden pflegen. Es wird noch sehr viel Wasser die Saar und Mosel abwärts fließen, bis der eine oder andere Plan unter Berücksichtigung des weitreichendsten wirtschaftlichen Vorteils greifbare Gestalt annimmt. Die verdächtige Eile aber, mit der man jetzt in Trier gegen die Pläne der Saarwirtschaft und gegen die wirtschaftlichen Interessen an der Saar mobil macht, ist kein schöner Zug, besonders wenn man berücksichtigt, daß gerade Trier es ist, das durch die unglückselige Saarregelung von Versailles wirtschaftliche Vorteile gezogen hat.

Wie unsinnig übrigens diese Trierer Konkurrenzjorgen sind, ergibt sich u. a. aus Ausführungen des Trierer Oberbürgermeisters v. Bruchhausen, in der Trierer Stadtratssitzung vom 20. Oktober, die sich mit der Saar-Mosel-Kanalisation befaßte. Oberbürgermeister v. Bruchhausen gab als Auffassung der Verwaltung folgende Gesichtspunkte bekannt: Ausreichende Vorarbeiten liegen für die Mosel- und Saarkanalisation in einem Maße vor, wie wohl bei keinem anderen Kanalprojekte. Die großen neuen Kanalpläne lassen es dringend erscheinen, nun auch das alte Mosel- und Saarprojekt wieder in den Vordergrund zu stellen und gerade mit Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage der südlichen Rheinlande die Durchführung zu fordern. Dabei stehen wir keineswegs in Konkurrenz mit dem neuesten Projekt Aachen-Rhein, sondern fordern ganz unabhängig hiervon endliche Lösung der alten wirtschaftlichen Pläne. Dagegen — und das möchte ich hier ausdrücklich betonen — will sich das Saargebiet durch sein neues Kanalprojekt Saarbrücken-Ludwigshafen keineswegs in Gegensatz stellen zu unserm alten Plan der Mosel- und Saarkanalisation. Eine Aussprache, die hierüber mit maßgebenden Kreisen in den letzten Tagen stattgefunden hat läßt erkennen, daß der noch neuerdings auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft stark betonte enge Zusammenschluß des Mosel- und Saargebietes auch in dieser Frage gewahrt werden soll und in Verfolg dieser Auffassung das Saargebiet mit uns die Pläne der Mosel- und Saarkanalisation weiter energisch betreiben wird. Wenn es neben diesen Plänen ein altes Projekt Saarbrücken-Ludwigshafen wieder aufgreift, so ist dies dadurch zu erklären, daß man den süddeutschen Markt für die Saarkohle wieder gewinnen will und gegenüber dem Eindringen der Ruhrkohle unter den günstigen Bedingungen auf dem Wasserwege Rhein-Hernekanal — nur wiedergewinnen kann, wenn die Frachtkosten verbessert wird. Und hierfür wird eine direkte Linie Saarbrücken-Ludwigshafen gesucht, so daß gegenüber dem Wasserweg über Koblenz die Frachtkosten Koblenz-Ludwigshafen erspart würde. Man betrachtet im Saargebiet das Projekt Saarbrücken-Ludwigshafen als eine Ergänzung unserer Kanalisationspläne, die man nach wie vor mit uns zu vertreten bereit ist.

Weitere Kanalbesprechungen.

Etwa 50 Vertreter der Pfalz und des Saargebietes versammelten sich am 26. Oktober in Ludwigshafen, um die außerordentlich wichtige Kanalfrage Saarbrücken-Rhein einer weiteren Aussprache zu unterziehen. Assessor Lütke von der Handelskammer Saarbrücken erinnerte daran, daß die Saar in der Vorkriegszeit 44 Prozent des ganzen Kohlenbedarfs von Süddeutschland deckte. Heute habe das Ruhrgebiet fast den ganzen süddeutschen Markt erobert. Das hänge besonders mit den im Ruhrgebiet zahlreich gebauten Kanälen zusammen, so daß die Ruhrgegenden für den Kohlentransport fast nur noch den Wasserweg benutzen. Die Hoffnung für das Saargebiet, besonders für die Zeit seiner Rückkehr nach Deutschland, bleibe die Erbauung eines Kanals zum Rhein. Die technischen Schwierigkeiten, deren man sich bewußt sei, sollten durch eine amtliche Prüfung festgestellt werden. Man nehme an, daß der Kanal mindestens 2½ Millio-

nen Tonnen Kohlen und fast 1 Million Tonnen Eisen und Nebenprodukte aus dem Saargebiet nach dem Rhein befördern werde.

Für die Diskussion war es außerordentlich wichtig, daß von Seiten der pfälzischen Handelskammer die Bedenken erwähnt wurden, die zahlreiche pfälzische Wirtschaftler dem Projekte gegenüber hegten. Ohne im geringsten die Wünsche der Bewohner des Saargebietes zu verletzen, brachte Syndikus Dr. Rehm die Auffassung weiter pfälzischer Wirtschaftskreise zum Ausdruck.

Darauf antworteten eingehend der Oberbürgermeister von Saarbrücken Dr. Reikes und Kommerzienrat Köhling. Oberbürgermeister Köhling und Zweibrücken und Dr. Fortshuber-Neustadt nahmen dem Kanal gegenüber eine freundliche Haltung ein. In ähnlicher Weise äußerten sich Karlsruher Saarbrücken, Koch-Handwerkskammer und Abgeordneter Leonhardt-Kaiserslautern. Abgeordneter Burger forderte auf, dem kühnen Projekte gegenüber die pessimistische Auffassung zurückzustellen. Das Reich habe so unendlich viel für andere Notgebiete Deutschlands getan, daß auch für Pfalz und Saargebiet ein großes Opfer gefordert werden dürfe. Im gleichen Sinne äußerte sich am Schluß Reichstagsabgeordneter Dr. Zapp, der die Verhandlungen leitete. Er machte den Vorschlag, eine Studienkommission einzusetzen.

Schließlich wurde ein Antrag des Abgeordneten Burger angenommen. Danach führt die Handelskammer Saarbrücken die Vorbereitungsarbeiten weiter und unterhält ständige Fühlung mit dem pfälzischen Industriellenverband. Je nach Bedürfnis wird eine Kommission eingeladen, zu der die Handelskammer, die Handwerkskammer, die Bauernkammer, der Industriellenverband, die freien und christlichen Gewerkschaften, der Städtebund, der Landgemeindevorstand und die bayerischen Landtagsfraktionen Vertreter entsenden.

Mit Dankesworten an die Erschienenen und die Stadtverwaltung Ludwigshafen für das freundliche Entgegenkommen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Ueber alle bisherigen Verhandlungen und über den Stand des Saar-Pfalz-Kanal-Projektes erstattete der Syndikus der Handelskammer Saarbrücken, Assessor Lütke, am 27. Oktober im Verein zur Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen des Saargebietes einen ausführlichen Bericht. Er machte Mitteilung von den Vorbesprechungen informativsten Charakters in Berlin, wobei er hervorhob, daß bei einer Besprechung im Reichsverkehrsministerium die Geneigtheit dieser zuständigen Stelle zur sofortigen amtlichen Prüfung des Saarprojektes zum Ausdruck kam. Zu der in Ludwigshafen stattgefundenen Versammlung konnte er als Ergebnis der eingehenden Aussprache feststellen, daß sich die Beteiligten einmütig hinter den Grundgedanken gestellt hätten, wobei naturgemäß auch die Bedenken, die bei dem Projekt vorhanden sind, ausgiebig gewürdigt wurden. In einer Aussprache mit den Trierischen Kreisen, wo man in dem Saar-Pfalz-Kanal-Projekt eine Gefährdung des alten Gedankens der Saar-Mosel-Kanalisation erblickte, sei festgestellt worden, daß das Projekt des Saar-Pfalz-Kanals das Saar-Mosel-Projekt an sich nicht berührt, und daß seine Notwendigkeit für den Augenblick der Rückgliederung des Saargebietes auch von Trier anerkannt werde. Die Kanalfrage soll, wie von vornherein beabsichtigt, nach Zusammentritt des Reichstages offiziell durch eine zu ernennende Abordnung den zuständigen Stellen vorgelegt werden. Der Wirtschaftsverein hält es für notwendig, nunmehr einen aktionsfähigen Ausschuß für die weitere Bearbeitung der Angelegenheit zu bilden, der sich in engster Fühlung mit den pfälzischen Wirtschaftskreisen halten soll.

Die Saarregierung im alten Kurs.

Die Saarregierung gegen

stabile Währungsverhältnisse.

Am 28. Juli d. Js. hatten die Saarbrücker Handelskammer und der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen des Saargebietes bekanntlich eine Denkschrift an den Völkerbund gerichtet, die die Währungsschwierigkeiten im Saargebiet schilderte und ihre Beseitigung verlangte. In der Denkschrift war darauf hingewiesen worden, daß das Saargebiet die Inflationsverluste doppelt stark empfinde, da es wohl inflatorischen Substanzschwund erleide, aber nicht die Möglichkeit zum Teilsausgleich dieses Verlustes durch Papierrentkredite besitze. Als einziges Mittel zur Erreichung stabiler Währungsverhältnisse im Saargebiet war in der Denkschrift die Wieder-

eingführung der Mark und die gleichzeitige Wiederausgliederung des Saargebietes an Deutschland bezeichnet worden. Ferner wurde in der Denkschrift die Forderung erhoben, der Völkerbund möge darauf hinwirken, daß die Bank von Frankreich dem Saargebiet bei der Kreditgewährung die gleiche Behandlung wie dem eigenen Lande zuteil werden lasse und daß die im Saargebiet zur Verteilung gelangenden Verwaltungsgelder nicht mehr über bestimmte Banken in bestimmte Wirtschaftskreise geleitet, sondern der Allgemeinheit zugänglich gemacht würden.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat diese Denkschrift der Handelskammer mit einem Begleitschreiben an das Generalsekretariat des Völkerbundes weitergeleitet, in dem das Wünschenswerte einer stabilen Währung für das

Saargebiet zwar anerkannt, auf der anderen Seite aber darauf hingewiesen wurde, daß die Wünsche der Handelskammer auf eine Aenderung des Versailler Vertrages hingen. Da der französische Staat als Besitzer der Saargruben das Recht habe, alle seine Zahlungen in Franken zu leisten, so würde bei Wiedereinführung der (nebenbei bemerkt gänzlich vertragswidrig verdrängten, Red.) Mark ein ungesunder Währungs-Dualismus eintreten, den ein großer Teil der Bevölkerung ablehne.

Bezüglich der von der Handelskammer erhobenen Forderung auf gleiche Behandlung des Saargebietes bei der Kreditgewährung durch die Bank von Frankreich erklärt die Regierungskommission, daß seit Februar 1924 die Bank von Frankreich ziemlich zahlreiche Diskontkredite eröffnet habe, woraus nicht nur die Banken mit französischer Beteiligung, sondern rein saarländische Banken und gewisse saarländische industrielle Unternehmungen Vorteile gezogen hätten. Die Regierungskommission verweigert aber, daß bis zum heutigen Tage die alteingesessenen saarländischen Großbanken, die ihren Sitz in Deutschland haben, von der Wechselkontingierung bei der französischen Staatsbank ausgeschlossen sind, was sich für das Saarwirtschaftsleben um so empfindlicher bemerkbar macht, als gerade diese Banken bei der Reichsbank die größten Wechselkontingente belegen. Bemerkenswert an dem Schreiben ist die Tatsache, daß die Regierungskommission mit keiner Silbe irgendwelche Vorschläge zur Lösung des saarländischen Währungsproblems macht. Die Frage einer gerechten Kreditgewährung durch die Bank von Frankreich ist auch heute noch für das Saargebiet akut. Die Regierungskommission würde nur ihre Pflicht als Treuhänderin des Völkerbundes erfüllen, wenn sie hierauf in Paris hinwirkte, da sie durch die zwangsweise Einführung des französischen Franken selbst die Schwierigkeiten geschaffen hat.

Bezeichnend an der Stellungnahme der Saarregierung zu der Denkschrift der saarländischen Wirtschaft in der Währungsfrage ist die Begründung, daß die Wünsche der Handelskammer, nämlich Wiedereinführung der Mark, auf eine Aenderung des Versailler Vertrages hingen. Diese Stellungnahme ist aus zwei Gründen besonders bemerkenswert; einmal weil sie der damaligen Begründung zur Beseitigung der deutschen Markwährung aufs schärfste widerspricht, zum anderen, weil sie heute Vertragsbestimmungen in den Vordergrund stellt, die sie bei der Einführung der Frankenwährung in vollem Bewußtsein mißachtete. Auch heute besteht § 32 des Saarstatuts noch zu vollem Recht, der von dem Gesichtspunkt ausgeht, daß die deutsche Markwährung die allein gesetzliche im Saargebiet ist. Wenn die Saarregierung heute ihre ablehnende Haltung weiter damit begründet, daß durch die Wiedereinführung der Markwährung ein ungesunder WährungsDualismus geschaffen würde, den „ein großer Teil der Bevölkerung ablehne“, so ist darauf zu verweisen: Die Frankenwährung wurde seinerzeit gegen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eingeführt. Heute tritt mindestens neun Zehntel der Bevölkerung für die Wiederherstellung des vertraglichen Zustandes, nämlich für die Wiedereinführung der Markwährung ein. Derjenige „große Teil der Bevölkerung“, von dem die Regierungskommission spricht, verteilt sich auf die Saargrubenverwaltung und auf die ausländischen Mitglieder der Saarregierung. Die ganze Stellungnahme der Saarregierung zu der Denkschrift der saarwirtschaftlichen Vertretung in der Währungsfrage läuft aber darauf hinaus, zugunsten der Saargrubenverwaltung und der französischen Ruhrnießer im Saargebiet die Inflationsverhältnisse an der Saar auf Kosten der Bevölkerung weiter bestehen lassen.

Wirtschaftliche Auspowerung des Saargebietes.

Angeichts der ernsthaften Bemühungen, zu einer gesamteuropäischen wirtschaftlichen Verständigung zu gelangen, die in fast allen Ländern des Kontingents zu beobachten sind, erregt es in Kreisen der hiesigen Wirtschaft höchstes Befremden, daß die zur Neutralität verpflichtete Regierungskommission nach wie vor bestrebt ist, die saarländischen Wirtschaftsinteressen gegenüber den rein französischen zu benachteiligen. Dieses Bestreben wirkt sich in der schädlichsten Weise bei der Verwendung der öffentlichen Gelder des Saargebietes aus, von denen schätzungsweise 80 Millionen Franken als nicht wertbeständige Kredite den französischen Banken zur Verfügung gestellt wurden, während alle Versuche der alten Bankvereinigung des Saargebietes, die gleiche Behandlung zu erfahren, gescheitert sind. Während die Regierungskommission auf der einen Seite französischen Banken Gelder des Saargebietes ohne Wertbeständigkeit zur Verfügung stellte, glaubt sie, es andererseits mit ihrer Neutralität vereinbaren zu können, den deutschen Banken Kredite nur in wertbeständiger Form anzubieten, obwohl sie in ihrer Devisenverordnung selbst jede Verankerung der Wertmasse des Saargebietes auf einer Goldbasis zu verhindern sucht. In Saarwirtschaftskreisen erblickt man in

dieser unterschiedlichen Behandlung ein wirtschaftspolitisches System, das auf eine völlige wirtschaftliche Auspowerung des Saargebietes durch Frankreich hinausläuft.

Dieses Verhalten der Regierungskommission — die saarländische Finanzverwaltung untersteht dem Franzosen Morize, dem Neffen des früheren Saarpräsidenten Rault — ist für die Interessen des Saargebietes umso schädlicher, als bis zum heutigen Tag sämtliche Großgrundbesitzer von dem Kreditverkehr mit der Bank von Frankreich ausgeschlossen sind, obwohl diese — als dem auch für das Saargebiet zuständigen Zentralnoteninstitut — nach Einbeziehung des Saargebietes in das französische Währungsinland zu einer unterschiedslosen Kreditbewilligung verpflichtet wäre.

Das Saargebiet im französischen Ministerrat.

Am 26. Oktober beschäftigte sich der französische Kabinettsrat mit dem Regime der Ein- und Ausfuhr von Nahrungsmitteln im Zusammenhang mit den vom Kabinet Poincaré durchgeführten Sparmaßnahmen. Im Anschluß an diesen Ministerrat wurde eine ausführliche Übersicht über die Lebensmittelausfuhr aus Frankreich veröffentlicht. Daraus ergibt sich, daß die Kartoffelausfuhr aus Frankreich ausnahmslos verboten ist. Nur die Ausfuhr von Saatkartoffeln ist gestattet. Doch muß der Exporteur die Verpflichtung übernehmen, die doppelte Menge wieder einzuführen. Unter diesen Bedingungen sind, wie es in der französischen Verlautbarung heißt, in den letzten Monaten große Mengen Kartoffeln aus Deutschland, dem Saargebiet und Belgien in Frankreich eingeführt worden, so daß sich im Saargebiet und in Belgien bereits eine starke Misstimmung geltend gemacht hat.

Das offizielle Kommuniqué über diese Kabinettsitzung läßt erkennen, daß man hierbei auch die Lage im Saargebiet eingehender besprochen hat. Der amtliche französische Bericht enthält hierüber folgende Bemerkung:

„Die Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zollgebiet durch Anwendung des § 31 des Anhanges zum Versailler Vertrag verpflichtet Frankreich, dieses Gebiet im Hinblick auf die Versorgung mit Lebensmitteln als französisches Gebiet zu betrachten. Getreide, Vieh und sämtliche übrigen Nahrungsmittel müssen also ohne Behinderung ins Saargebiet gelangen können. Man kann das bedauern (!); es ist aber für Frankreich eine Verpflichtung. Jedenfalls sind dem Zolldienst Anweisungen gegeben worden, damit nicht etwa über das Saargebiet französische Produkte nach Deutschland gelangen können.“

Hierzu bemerkt die Saarbrücker „Volksstimme“ nicht miß Unrecht:

Es ist immerhin bezeichnend, daß gerade das Kabinet, in dem Herr Poincaré Ministerpräsident ist, diesen Passus über das Saargebiet sagte. Diese melancholische Bemerkung läßt deutlich erkennen, daß man in Frankreich bis in die Kreise derer, die noch vor zwei und drei Jahren sich ängstlich an die von vornherein verlorenen Ideologie von einer wirtschaftlichen und moralischen Eroberung des Saargebietes für Frankreich klammerten, nun es als „Verpflichtung“ empfindet, sich noch länger mit dem Saargebiet zu beschäftigen, die man „bedauern kann“. Lediglich weil der „Versailler Vertrag Frankreich verpflichtet“, erhält man die Gleichbehandlung des Saargebietes mit Frankreich in der wirtschaftlichen Versorgung aufrecht. Man kann diese Stelle in dem Kommuniqué des französischen Kabinettsrats als einen neuen Beweis dafür ansehen, daß in Frankreich keine maßgebenden Leute mehr an eine „Eroberung des Saargebietes“ zu denken wagen und daß man auch bemüht ist, die öffentliche Meinung entsprechend zu beeinflussen, damit man recht bald von dieser „bedauerlichen Verpflichtung“ loskommen kann.

Ob die letztere Schlussfolgerung ganz den Tatsachen entspricht, möchten wir bezweifeln. Immerhin ist aber die Darstellung sicherlich richtig, daß man in Frankreich mit Bedauern feststellt, daß Frankreich dem Saargebiet gegenüber Verpflichtungen hat, die unangenehm empfunden werden, weil man sich jetzt davon überzeugt hat, daß eine dauernde Eroberung des Saargebietes durch Frankreich auch dort als aussichtslos erkannt ist.

Saarverhandlungen in Berlin.

In der zweiten Hälfte des Oktober fanden in Berlin Verhandlungen statt, die sich auf die auf Grund verschiedener wirtschaftlicher Abmachungen neugeordneten Verhältnisse im und zum Saargebiet bezogen. In erster Linie waren diese Verhandlungen veranlaßt durch die Einbeziehung des Saargebietes in das kürzlich abgeschlossene Rohstoffabkommen. Doch auch andere wirtschaftliche Fragen, die mit den Thoiry-Verhandlungen im Zusammenhang stehen, standen in Berlin zur Besprechung. Eine Saarabordnung aus Kreisen der Saarwirtschaft wurden bei dieser Ge-

legenheit sowohl vom Reichskanzler wie auch vom Reichswirtschafts- und Reichsverkehrsminister empfangen. Zu gleicher Zeit weilte in Berlin der Direktor des französischen Handelsministeriums, Serruys, der ebenfalls über aktuelle Saarwirtschafts- und Saarlohnfragen mit der deutschen Regierung verhandelte. Wie die „Saarbrücker Zeitung“ erfahren haben will, bildeten den Kern dieser Saarverhandlungen die Zollfragen, die durch das internationale Kohstoffabkommen aufgeworfen worden sind. Vor allem handelt es sich darum, für die nicht syndizierten Eisenerzeugnisse des Saargebietes — dazu gehört z. B. fast die gesamte Erzeugung der Halbergerhütte und des St. Ingberter Eisenwerkes und ein Teil der Dillinger Produktion — eine Zollordnung für die Einfuhr nach Deutschland zu finden. Die von den deutschen Eisenverbänden bereits erfasste Eisenerzeugung des Saargebietes ist nach den Vereinbarungen, die anlässlich der internationalen Kohstoffverhandlungen getroffen worden sind, zollfrei. Man wird daher annehmen können, daß für jetzt zur Verhandlung stehende Erzeugnisse ebenfalls die Zollfreiheit gewährt wird. Als Gegenleistung scheint man von deutscher Seite eine Abänderung der Maschinenformel zu erstreben. Eine Entlastung des Marktes der deutschen weiterverarbeitenden Eisenindustrie ist seit der Konsolidierung der Verhältnisse in der Schwerindustrie ja eines der Hauptziele der deutschen Handelspolitik. Diese Aufgabe wird wohl auch bei den kommenden deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen stärker zur Geltung kommen. Sie wirkt sich naturgemäß aber dort am stärksten aus, wo die meisten Voraussetzungen für ihre Umwandlung in die Wirklichkeit bestehen und das moralische Recht ihr entgegenkommt. Das ist ohne Zweifel bei diesen Saarverhandlungen der Fall. Das Saargebiet, dessen gesamte Maschinenausrüstung deutschen Ursprungs ist, das mit deutschen Normen arbeitet, auf deutsche Maschinenarbeit eingestellt ist und einen Bedarf an deutschen Erfindungsmaterialien hat, der mit dem Verschleiß des Industrieapparates ins Riesenhafte wächst, ist für die deutsche weiterverarbeitende Eisenindustrie ein natürliches Absatzgebiet. Und wenn Deutschland sich zur zollfreien Aufnahme der Saareisenerzeugung, d. h. zur Wiederherstellung des natürlichen Austauschverhältnisses zwischen ihm und dem Saarrevier auf der Seite der Eisenerzeugung entschließt, so wird man ihm die Wiederherstellung des gleichen Verhältnisses auf der Seite der Eisenverarbeitung nicht verwehren können.

Ob sich die Verhandlungen des französischen Unterhändlers in Berlin auf andere Gebiete erstrecken, ist nicht bekannt geworden. Nach der „Täglichen Rundschau“ ist aber anzunehmen, daß auch die deutsch-französischen Handelsbeziehungen in den Kreis der Erörterungen einbezogen worden sind. Das erscheint um so wahrscheinlicher, als für den deutsch-französischen Wirtschaftsverkehr zunächst nur halbjähriges Provisorium abgeschlossen worden ist, das zur Hälfte bereits abgelaufen ist. Es ist daher nicht mehr viel Zeit zu verlieren, die Verhandlungen für einen regelrechten deutsch-französischen Handelsvertrag ernstlich wieder in Gang zu setzen.

Die Bedeutung des zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg abgeschlossenen Eisen-Paktes für das Saargebiet liegt nach einer Abhandlung in der „Saarbrücker Zeitung“ unter anderem darin, daß durch diesen Pakt den Saareisenhütten ein Absatz gesichert wird, der in seinem Umfang dem Beschäftigungsgrad der deutschen Eisenverbände angelehnten Hüttenwerke entspricht. Nach den Meldungen, die bis jetzt über den Paktabschluss in die Öffentlichkeit gedrungen sind, soll das Saargebiet an der Gesamterzeugung des Kartells in Höhe von 27,5 Millionen Tonnen mit 5,21 Prozent beteiligt sein. Das ergäbe ein Jahreskontingent von 1,4 Millionen Tonnen, d. h. etwa 0,2 Millionen Tonnen weniger, als das Saargebiet in dem vergangenen Jahr erzeugt hat. Diese Zahlen ergeben jedoch kein klares Bild, denn die Erzeugung des Saargebietes wird auch nach dem Paktabschluss durch die deutschen Eisenverbände bestimmt, die in ihrer Gesamtheit die Saaraquote erhalten und dagegen die Saarproduktion im Rahmen der Einzelverträge mit den saarländischen Hüttenwerken übernehmen. Völklingen, Burbach und Neunkirchen sind diesen Verbänden schon angeschlossen. Dillingen gehört einzelnen deutschen Verbänden bereits an und der Beitritt zu den übrigen Verbänden wird wahrscheinlich in diesen Tagen stattfinden.

Der Verkauf der Saareisenhütten erfolgt also in Zukunft in der Weise, daß die deutschen Verbände die mit den Saarehütten vereinbarten Einzelkontingente übernehmen und durch ihre Verkaufsorganisationen zu den Preisen weiterleiten, die sich unter dem Einfluß des Paktes auf dem Eisenmarkt herausbilden werden. Bedingt die Ausfuhr der Saarehütten nach Frankreich wird von den deutschen Verbänden nicht ganz erfasst. Man hat nach unseren Ermittlungen den Saarehütten auf dem französischen Markt ein Kontingent von 500 000 Tonnen eingeräumt, das von Neunkirchen, Burbach und Dillingen eigenhändig vertrieben wird. Nur Völklingen wird auch seinen Anteil an diesem Kontingent über die deutschen Verbände verkaufen.

Ueber die Verzollung der Saareiseneinfuhr nach Deutschland sind in dem Paktvertrag keine besonderen Abmachungen getroffen worden. Diese Lücke ist jedoch unwesentlich, da die deutschen Ver-

bände die eingeführten Kontingentsmengen zum Inlandspreis übernehmen. Das gleiche gilt von der Einfuhr lothringischen und luxemburgischen Eisens nach Deutschland.

Diese Zollfragen waren denn auch im wesentlichen Gegenstand von Verhandlungen, die die Vertreter der Saarindustrie in Berlin geführt haben. Auch die Frage der Zollstundungen, die vom Reich der Saarindustrie gegenüber nunmehr volle 1½ Jahre gewährt worden sind, dürften Gegenstand der Berliner Beratungen gewesen sein.

Weitere Verhandlungen in Berlin bezogen sich auf das Saarländische Rhein-Kanal-Projekt, während Anfang November Verhandlungen zwischen der Saar-Regierung und der Reichsregierung in Fragen der Einbeziehung des Saargebietes in das deutsche Luftstreckennetz vor-
gesehen sind.

✱

Luftfahrtverhandlungen mit der Saarregierung.

Wie wir erfahren, werden in kürzester Zeit, wahrscheinlich schon in der nächsten Woche zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Saarregierung in Berlin Verhandlungen stattfinden, die die Einbeziehung des Saargebietes in das deutsche Luftstreckennetz betreffen. Von Seiten der Deutschen Luft Hansa sind bekanntlich alle Vorkehrungen zur sofortigen Aufnahme des regelmäßigen Luftverkehrs zunächst auf der Strecke Frankfurt a. M.—Saarbrücken und zurück getroffen worden. Im Winterflugplan der Deutschen Luft Hansa ist diese Strecke bereits aufgenommen. Auch im Saargebiet sind die Vorbereitungen für eine glatte Abwicklung des Luftverkehrs durch Zurverfügungstellung eines geeigneten Geländes mit den nötigen Gebäuden abgeschlossen. Schwierigkeiten macht lediglich die Saarregierung, die die Genehmigung zur Errichtung der erforderlichen Funkentelegraphischen Anlage verweigert und eine generelle Erlaubnis zur Aufnahme des Flugverkehrs noch nicht erteilt hat. Gegen diese ablehnende Haltung der Saarregierung hatte die Handelskammer Saarbrücken begründeten Protest eingelegt. Auf Grund dieser Eingabe hat die Saarregierung sich nunmehr bereit erklärt, Verhandlungen mit der Reichsregierung aufzunehmen. Im Saargebiet hofft man, daß in diesen Verhandlungen die unhaltbaren Bedenken der Saarregierung zerstreut werden, nachdem durch den Abschluß des Pariser Luftfahrtabkommens selbst Frankreich und England zu erkennen gegeben haben, daß sie sich nicht länger der deutschen Verkehrsluftfahrt entgegenstellen wollen.

Das Bild der Heimat.

In seligem Gedenken traut und mild
Ersteht in wundervollen Farben
Des Saarlands wildromantisch Bild.
Darinnen glänzen üppige Fluren,
In Fülle prangt der Wälder duft'ges Grün,
Gar freundlich grüßt der Wiesen bunter Teppich
Und steile, felsige Nebenhänge
In goldigem Sonnenglanz erglühn.
Ich seh vom Lichtumflossenen Felsenrand
Den Talgrund weithin blum- und blütenreich,
Erschau den Schicksalsstrom, den Saaresstrand,
Ein hügelig Land, den Wellen gleich.
Ich sehe, wie aus dunklen Gründen
Der Quellen frisches Wasser steigt,
Als wilde Bäche in dem Strome münden,
An dessen Strand sich deutsches Wesen zeigt.
Ich seh die Schlote zahlreich rauchen,
Bernehm der Hämmer wuchtiges Schwingen,
Die Förderkörbe in die Tiefe tauchen,
Den Knappengruß „Glück auf“ erklingen.
Ich hör es in den Wipfeln rauschen,
Daß ewig deutsch die Saar.
So mächtig klingt ihr Raunen,
Die Melodie, so treu und wahr.
O Heimatland, o Saaresstrand,
Dir bin ich immer zugewandt,
Sei mir gegrüßt aus weiter, weiter Ferne,
Mein Herz und Sinn, ich geb's dir gerne!

Richard Quirin Wagner.

Unangebrachte Eile.

Die Verabredung zwischen Stresemann und Briand in Thoiry ist von einem Teil der deutschen Öffentlichkeit so beurteilt worden, als ob die deutsch-französischen Verständigungsverhandlungen in Riesenschritten vorwärts gehen würden, so daß die völlige Zurückziehung der Rheinlandbesatzung und die Rückgabe des Saargebiets an Deutschland nur noch eine Frage von Monaten sein werde. Der deutsche Außenminister hat sich daher auf dem Kölner Parteitag der Deutschen Volkspartei veranlaßt gesehen, vor einer Verkennung der Schwierigkeiten zu warnen. Daß diese Schwierigkeiten nicht geringer Art sind, ist gerade in den letzten 14 Tagen mit aller Deutlichkeit hervorgetreten, als man feststellen mußte, daß man französischerseits aus dem deutsch-französischen Verständigungs-Pakt ein möglichst gutes finanzielles und politisches Geschäft machen möchte und andererseits die französischen Militärs in der Frage der Militärkontrolle in Deutschland nach wie vor ihre Nadelstichpolitik forzusetzen bestrebt sind.

Der nicht angebrachte übertriebene Optimismus in einem Teil der deutschen Presse angesichts der Thoiry-Verhandlungen hat unglücklicherweise auch in politischen Kreisen des Saargebiets weitreichende Hoffnungen auf eine baldige Lösung der Saarfrage aufkommen lassen. Besonders in wirtschaftlichen Kreisen des Saargebiets hat man sich in reichlich übereiltem Maße mit allen möglichen Fragen befaßt, wie sie als Auswirkung einer baldigen Rückführung des Saargebiets nach Deutschland in Erscheinung treten würden. So hat sich unter anderem eine von der Saarbrücker Handelskammer ausgehende Rundgebung mit Fragen wirtschaftlicher Rückwirkungen bei Wiedereingliederung des Saargebiets in den deutschen Wirtschaftskörper beschäftigt, und dabei Probleme angeschnitten, die nach unserer Auffassung leider noch weit im Felde liegen.

Im Vordergrund dieser wirtschaftlichen Bestrebungen des Saargebiets im Falle der baldigen Rückführung des Saargebiets nach Deutschland steht das Saar-Pfalz-Rhein-Kanal-Projekt, über das wir an anderer Stelle berichten. Diese Kanalpläne sind von vornherein auf lange Sicht zugeschnitten, da es selbstverständlich ist, daß ein solcher Plan nicht von heute auf morgen sozusagen auf Grund des Beschlusses der in Frage kommenden Interessenten gelöst werden kann. Hierzu sind umfangreiche Erwägungen technischer, wirtschaftlicher und politischer Art erforderlich, woran die verschiedensten Instanzen des Reiches und der Länder und auch der Gemeinden beteiligt sind, so daß über diese Frage heute noch keinerlei Urteil gefällt werden kann.

Eine andere Frage betrifft die Zurückverlegung der früheren Eisenbahndirektion nach Saarbrücken, die bekanntlich nach Übernahme der Saarverwaltung durch die Regierungskommission nach Trier übersiedeln mußte. In der gleichen Rundgebung wurde von einem Mitglied der saarländischen Wirtschaftspartei, ohne hierzu einen Auftrag zu haben, auch die Forderung erhoben, nach der Wiedervereinigung des Saargebiets mit Deutschland zur Erleichterung des Überganges einen besonderen Regierungsbezirk Saarbrücken zu schaffen, und Saarbrücken zum Sitz eines Regierungspräsidiums zu machen. Ueber die Zweckmäßigkeit letzterer Forderung kann man sehr verschiedener Meinung sein. Wie glauben, daß man im Saargebiet selbst gar keinen allzugroßen Wert darauf legen wird, mit der Rückführung des Saargebiets zu Deutschland grundlegende Umwälzungen verwaltungstechnischer Art vorzunehmen, daß man vielmehr in die alten Verhältnisse zurückgeführt zu werden wünscht, aus die man durch das Diktat von Versailles mit rauher Hand hinausgetrieben wurde.

Die in Saarbrücken erhobenen Forderungen auf Rückführung der Eisenbahndirektion nach Saarbrücken und auf Errichtung eines Regierungspräsidentensitzes in Saarbrücken hat in Trier eine reichlich starke Erregung ausgelöst, die sich in einer von mehr als 2000 Menschen besuchten Protest-Versammlung gegen die Saarbrücker Bestrebungen auswirkte. Solche Protest-Aktionen in Trier müssen im Saargebiet geradezu peinlich berühren. Trier hat bestimmt während der langen Jahre der Besetzung schweres Leid erduldet, Saarbrücken aber kaum weniger. Die unglücklichen Bestimmungen über das Saargebiet im Versailler Vertrag zwingen zur Verlegung der Eisenbahndirektion von Saarbrücken nach Trier, wie ja auch die Handelskammer Saarbrücken aus Gründen freierer Betätigung nach Trier verlegt worden ist. Trier hat also aus der unglückseligen Saarregelung bisher nur Nutzen gezogen, denn irgendwelche verkehrstechnischen Gründe lagen zum Beispiel für die Verlegung der Eisenbahndirektion von Saarbrücken nach Trier nicht vor. Saarbrücken und das Saargebiet haben zum Unterschied von Trier eine zweite Inflation durchzumachen, die schwerste wirtschaftliche Erschütterungen im Gefolge hat. Jetzt wo man mit etwas größerer Hoffnung auf eine vorzeitige Beseitigung dieser unnatürlichen Verhältnisse im Saargebiet rechnen könnte, und sich deshalb mit der wirtschaftlichen Zukunft des Saargebiets beschäftigt, regt sich sofort im benachbarten Trier der Neid und die Mißgunst, weil in Saarbrücken Wünsche auf Wiederherstellung des alten wirtschaftlichen Zustandes laut werden.

Man würde tatsächlich in Trier gut tun, wenn man sich nicht unnötigerweise vorher schon über eine Angelegenheit aufregt, über deren Gestaltung sich vorerst überhaupt noch nichts sagen läßt. Es wäre richtiger, wenn man in Trier die Bestrebungen des Saargebiets auf baldige Wiedervereinigung mit Deutschland kräftigst unterstützt und alle damit zusammenhängenden Fragen der wirtschaftlichen Neugestaltung der Beziehungen zwischen Saargebiet und den angrenzenden Teilen des Regierungsbezirkes Trier in kameradschaftlichster Weise lösen helfen würde. Die Protestaktion von Trier gegen Saarbrücken muß im Saargebiet den allernüchternsten Eindruck machen, wenn man berücksichtigt, daß das Saargebiet noch immer im Befreiungskampfe steht, in dem es vom übrigen Deutschland aus Unterstützung, nicht aber Hindernisse erwarten dürfte. Das Verhalten von Trier sieht gar zu sehr danach aus, als hätte man dort die Vorteile für Trier, wie sie sich aus der Versailler Saarregelung ergeben haben, mit Befriedigung eingestekt, daß man aber nicht geneigt ist, auf diese Vorteile nach Wiederherstellung der alten Verhältnisse zu verzichten. Von großem politischen Empfinden zeugt diese Haltung nicht.

Mit den bei einer Wiedervereinigung des Saargebiets mit Deutschland auftauchenden Fragen beschäftigte sich leithin auch die Zentrumsfraktion des Landessrats. Sie legte ihren Standpunkt darin dar, daß sie glaubt, den Interessen des Saargebietes und der Saarbevölkerung am besten zu dienen, wenn sie sich eintrifft, daß nach der Wiedervereinigung mit dem Reich der Zustand wiederhergestellt wird, der bei Beendigung des Krieges gegeben war:

1. lehnt die Zentrumsfraktion die Bildung eines Regierungsbezirkes Saargebiet mit aller Entschiedenheit ab;
2. wünscht sie, daß der Sitz der Regierung in der bisherigen Regierungsstadt Trier verbleibt;
3. daß der Sitz der Eisenbahndirektion wieder Saarbrücken wird.

Die Zentrumsfraktion wünscht weiter, daß in Saarbrücken ein Postamt verbleibt. Die Notwendigkeit dieser Einrichtung ergibt sich aus der industriellen und gewerblichen Stellung des Saargebietes.

Die soziale Rückständigkeit im Saargebiet.

Die Zentrumsfraktion des Landessrates hat sich in einer Sitzung am 14. Oktober mit der rückständigen Sozialversicherung, der notwendigen Steuerreform und den Lohnverhältnissen im Saargebiet befaßt. Unter Hinweis auf die traurige Lage der Sozialrentner im Saargebiet und die zahlreichen Bitten um Abhilfe fordert das Zentrum in einer Eingabe an die Regierungskommission die notwendigen Reformentwürfe für die Sozialversicherung der Arbeitskammer und dem Landerrat baldigst vorzulegen. Im einzelnen wird verlangt:

1. Baldige Reform der Sozialversicherung gemäß der Gestaltung der Sozialversicherung des Reiches;
2. Anpassung der Leistungen an die Leistungen der deutschen Sozialversicherung;
3. Sofortige Verhandlungen mit dem französischen Staat betreffs Neufestlegung der Beiträge in der Knappschaftsversicherung;
4. Ergänzung des Gegenseitigkeitsabkommens zwischen dem Saargebiet und Frankreich und
5. Einwirkung auf die privaten Pensionskassen zur Erzielung besserer Leistungen.

Unter Hinweis auf die ungewöhnlich hohe steuerliche Belastung der Bevölkerung wiederholt die Zentrumsfraktion die von allen Parteien erhobene Forderung auf eine baldige Reform des gesamten Steuerwesens und auf eine beschleunigte Abänderung der Lohnsteuer gemäß der heutigen Gestaltung im Deutschen Reich (wo die Steuer-Freigrenze viermal so hoch liegt wie im Saargebiet. Red.) und Heranziehung des französischen Staats zur richtigen Steuerleistung. Der letzten Forderung, die von den Parteien seit Jahr und Tag ohne Erfolg bei der Regierungskommission erhoben wird, kommt ganz besondere Bedeutung zu, da der Fiskus bzw. die Steuerzahlende Bevölkerung ganz erheblichen Schaden dadurch erleidet, daß die Saargruben auf Grund eines Vertrages der Regierungskommission mit dem französischen Staat bekanntlich nur einen Bruchteil der Abgaben an den öffentlichen Haushalt des Saargebietes entrichten, zu deren Leistung sie auf Grund des Vertrages verpflichtet sind. Der energischen Forderung des Landessrates auf Kündigung dieses mit Recht betrügerisch genannten Steuervertrages ist die Saarkommission immer noch nicht nachgekommen — zum größten Schaden der Bevölkerung, die das entstehende Defizit durch Steuermehrleistungen decken muß.

In der Lohnfrage fordert die Zentrumsfraktion eine der Teuerung angepaßte sofortige Lohnerhöhung in den Staatsbetrieben. Die Regierungskommission wird überdies gebeten, auf den französischen Staat als Besitzer der Saargruben und auf alle übrigen Unternehmer einzuwirken, die Löhne den Teuerungsverhältnissen anzupassen.

Im deutschen Saargebiet.

Wer nach einer drei- bis vierjährigen Abwesenheit nach Saarbrücken kommt, der ist verblüfft über den großen Um-
schwung, der sich in dieser kurzen Spanne Zeit dort vollzogen
hat. 1922 konnte den Ein- oder Durchreisenden diese gute, alte
deutsche Stadt geradezu französisch anmuten, jedenfalls die ganze
„Aufmachung“. Da war jeder dritte Mann auf der Straße
französischer Soldat, da zog die französische Militärmusik mit
klingendem Spiel durch die Straßen, da standen französische Posten
überall, vom Bahnhof bis zur historischen „BelleVue“, da prang-
ten an allen Ecken der Stadt ungeheure Straßenschilder in fran-
zösischer Sprache, hauptsächlich Wegebezeichnungen, wie „à Trèves“
(nach Trier), „à Mayence“ (nach Mainz), „à Haguenau“, „à Stras-
bourg“ usw.; da schliefte durch die Straßen der Stadt halb Frank-
reich, um das in der Inflation begriffene arme Deutschland aus-
zukaufen, auszulaugen bis aufs Blut. All das sah mit Groll und
Börsen und tiefem Leid der flüchtig Durchreisende. Aber der im
Saarland Beheimatete sah — trotzdem er selber am ingrimmigsten
die Faust ballte (und nicht nur „im Saar“, wie es da heißt) —
schon damals die ganze Franzosenwirtschaft als einen Teufels-
spul an den ein gut deutscher kräftiger Sturmwind über kurz
oder lang hinwegfegen würde.

Daß dieser deutsche Sturmwind inzwischen geblasen und gefegt
hat, das sieht man heute, sobald man die alte Saarheimat wieder
betritt. Wo ist das französische Militär? Ist das alles? Das
ist das erste, was man fragt. Wo sind die französischen Straßen-
schilder? Wo ist das französische Gewäsch auf Straßen, in Läden?
Wo sind die zierlichen, trippelnden Französinnen jeder Art und
Güte, die einem in den Weg liefen? Wo ist ihr französisches
Parfüm? Wo sind die stolzen Frankenbesitzer, die für ihr voll-
wertiges Geld die letzten deutschen Waren einkauften, voll Ver-
achtung für unsere gekunkerte Valuta?

Von all diesen Herrlichkeiten ist das meiste
verschwunden. Geblieben ist ein schwacher Rest der franzö-
sischen Besatzung. Die französischen Soldaten werden ihrer schlech-
ten Frankenbesoldung wegen von der gutmütigen Bevölkerung
bemitleidet. Selbst das blaue-weiße Kätzlein, das vor vier
Jahren noch so siegesfreudig auf dem Regierungsgebäude wehte,
hat der Saarbrücker Fahne Platz machen müssen. Und in dem
schönen, stolzen Haus (dem ehemaligen Landgericht) drinnen findet
man nur deutsche Bezeichnungen; nicht einmal „Kassabureau“,
sondern „Kassabüro“ steht da, und man sucht vergebens nach der
„Gendarmérie“, hier steht „Dienstzimmer der Land-
räger“. Sogar die noch vor dem Kriege so zahlreich an den
Schaufenstern befindlichen Plakate „Ici on parle français“ sind
fast ganz verschwunden; in dem größten Restaurant fand ich auf
der Speisekarte nicht „Bouillon“, sondern „Krautbrühe“, das
„Mumpsteat“ war ein „Rundstück“ geworden — etymologisch
nicht ganz einwandfrei, aber was schert das den Saarbrücker?
Und als ich mir im althistorischen Rathaus die Bilder ansah
(historische Gemälde von Anton v. Werner zeigen des alten
Kaisers an die Stadt) und nach dem Namen eines französischen
Generals fragte, da sagte mir die (sonst sehr bewanderte) er-
klärende Saarbrückerin halb verlegen: „Ich kann den Namen nit
gut aussprechen, ich hab' nit Französisch gelernt.“

So ist es überall. Die Saarbrücker haben „nit
Französisch gelernt“. Und sie wollen es auch nicht lernen.
Ja, dieser Trost greift hinüber tief ins Lothrin-
gische. Die letzte Straße auf deutscher Seite nach Lothringen
zu heißt Rotheraustraße, das erste Wirtshaus auf lothringischer,
also französischer Seite ist noch ebenso deutsch wie früher; man
lächelt wenn man liest, wie da Essäffer, Lothringer und franzö-
sischer Wein empfohlen wird — die Assimilierung von Essä-
ffer Lothringen scheint also noch nicht ganz „perfekt“ zu sein. Wohl
kündet ein neuer Grenzstein an, daß das gute, alte Großblitters-
dorf sich umgewandelt habe in ein „Gros-Blittersdorf“ — aber
kommt man in die Kirche, so predigt der Pfarrer deutsch, und die
Beute sagen: „Das ist doch selbstverständlich! Wir
haben doch nit Französisch gelernt!“ ... Und man
hört, wie gedrückt die Stimmung in Lothringen sei, hauptsächlich
wegen der starken Steuerbelastung, und wie gereizt die Bevölke-
rung gegen ihre „Ketter“, die Franzosen; man sei bitter ent-
täuscht. Eine siebzehnjährige Frau aus Saarlouis in Lothringen
erzählte mir, daß die Franzosen mit Vorliebe die jungen
Lothringischen Soldaten nach Marokko schickten,
und fügte hinzu: „Da könne se Lüs fange!“ (Da können sie
Läuse fangen!)

Und die vielen leerstehenden Kasernen in Saarbrücken!
„Warum sind sie nicht zu Wohnungen hergerichtet?“ frage ich.
„Habt ihr im gesegneten Saarland denn keine Wohnungsnot?“ —
„Oh ja“, heißt es da, „viel Wohnungsnot gibt es auch hier, aber
die Kasernen müssen erst mal gründlich aus-
gewaschen werden.“ Und es fällt ein liebliches, echt boden-
ständiges Schimpfwort auf die Vertreter der „grande nation“.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Der evangelische Kirchengesangsverein
für das Rheinland hielt in Saarbrücken in Verbindung mit der
50jährigen Jubelfeier des evangelischen Kirchenchores der Ge-
meinde Alt-Saarbrücken seine 36. Tagung ab. Die Tagung
spielte sich vornehmlich im Rahmen kirchenmusikalischer Veran-
staltungen ab. Eine große geistliche Musikaufführung in der
Ludwigskirche bildete den Höhepunkt der Tagung mit einem
Programm, das fast ausschließlich J. S. Bachs Schöpfungen ge-
widmet war. In dem ebenfalls in der Ludwigskirche abgehaltenen
Festgottesdienst hielt Superintendent Klingemann (Koblenz) die
Predigt. Ein Festabend im Städtischen Saalbau vereinigte die
auswärtigen Teilnehmer und die Mitglieder der hiesigen evange-
lischen Gemeinde zu geselligen Stunden. Hier rühmte Superinten-
dent Klingemann den sympathischen herzlichen Empfang, den er
wieder im Saargebiet gefunden, die treue Pflege des
Heimatgedankens, der man hier so sichtlich begegne in
treuer deutscher und evangelischer Gesinnung, die den Tag der
Wiedervereinigung mit dem Vaterland und der
wiedererstandenen Freiheit begrüßen werde. Im
Namen der Stadt entbot Beigeordneter Dr. Werle den Gästen
aus dem Rheinland einen herzlichen Willkommgruß. Ihren
würdigen Abschluß fand die Tagung in einer eindrucksvollen
vaterländischen Rundgebung, die in unserm Ehrental, dem
Kriegerfriedhof von 1871, abgehalten wurde.

Das 75jährige Gründungsjubiläum konnte in
diesen Wochen das Versorgungshaus Saarbrücken
begehen. Das Haus wurde im Jahre 1850 von dem Ehepaar
Georg Philipp Korn dem damals gegründeten Vorstand eines
Versorgungshauses geschenkt und im darauffolgenden Jahr ein-
geweiht. Da das alte Haus im Laufe der Jahre zu klein wurde,
mußte 1905 zu einem Neubau geschritten werden, der am 4. Juli
1906 seiner Bestimmung übergeben wurde. Zurzeit befinden sich
45 Pflöge, zwei Schwestern der Diakonissenanstalt Kaisers-
werth und vier Dienstpersonen im Versorgungshaus. Die rein
evangelische Anstalt steht allen Armen, alten Leuten ohne Unter-
schied der Konfession und des Geschlechts offen.

Ueber die Errichtung eines Denkmals für die im
Weltkriege gefallenen Kameraden des Infanterie-Regiments
Nr. 70 soll eine Zusammenkunft aller ehemaligen 70er aus Trier
und Umgebung Beschluß fassen, die demnächst in Trier stattfinden
wird. In der Nacht vom 24. auf 25. Oktober wurde das Saar-
gebiet von einem schweren Unwetter heimgesucht. Ein
dichter Hagelschauer, begleitet von einem sehr starken Ge-
witter mit orkanartigem Sturm und Schneegestöber richtete
auf den Fluren und in den Wäldern beträchtlichen Schaden an.
Auch umfangreicher Häuser Schaden ist zu verzeichnen.

Bödingen. Unsere Gemeinde zählte Ende September ins-
gesamt 34 964 Einwohner, was gegenüber dem Vormonat eine
Zunahme um 60 Köpfe bedeutet. — Auf dem hiesigen Hüttenwerk
geriet das elektrische Magazin, in dem reichliche wertvolle Vor-
räte lagern, in Brand. Der Feuerwehr gelang es, das Feuer
auf den Dachstuhl zu beschränken.

Trübsbach. Für die hiesige evangelische Kirche wurde am
24. Oktober in feierlicher Weise der Grundstein gelegt. Nach
Verlesung der Urkunde, die späteren Geschlechtern Zeugnis über
die gegenwärtigen Verhältnisse geben soll, wurde diese in den
Grundstein neben Geldmünzen, Briefmarken, einer Zeitungs-
nummer der „Saarbrücker Zeitung“ vom betreffenden Tage und
einer Sondernummer von der Rheinischen Jahrtausendfeier, ein-
gemauert. Kernige Worte und fromme Wünsche, dem Gedeihen
des begonnenen Werkes gewidmet, begleiteten die üblichen
Hammerschläge.

Müdingen. Die Einwohnerzahl unseres Ortes ist von 18 318
zu Anfang auf 18 326 zu Ende des Monats September gestiegen.

Neunkirchen. Für den Bau der Straßenbahn Neunkirchen—
Elversberg—Spiesen ist von Elversberg her mit der Gleisverle-
gung begonnen worden. In der Saarbrücker Straße mußte an den
Hochöfen des Eisenwerkes eine Verbreiterung des Straßenprofils
vorgenommen werden. Auch am sogenannten Stummischen
Herrenhaus ist eine Straßenerweiterung erforderlich. — Der an
die Stelle des in den Ruhestand getretenen Pfarrer Niehn ge-
wählte Pfarrer Bid wurde am 24. Oktober in sein neues Amt
eingeführt. Hierbei hielt Pfarrer Graf von Müttichau die Re-
formationspredigt, während Superintendent Immig aus Sulz-
bach die Einführung vornahm. — Nach einer Mitteilung der
Saar- und Blies-Zeitung soll der Hammergraben verschwinden
und einer neuen großzügigen Geschäftsstraße Platz machen. An-
geklagt soll zu diesem Zweck demnächst zwischen der Stadt und
dem Eisenwerk ein Geländeaustausch stattfinden, der geeignet
wäre, das Stadtbild grundlegend zu verändern. Der Hammer-
graben und der angrenzende Weg durch die Allee, beides Eigen-
tum des Neunkirchener Eisenwerks, sollen gegen das Dreieck

zwischen der Villa Altemann und dem Viktoriahospital getauscht werden. Der Hof des Viktoriahospitals soll um dieses Stück verlängert werden. Der Hammergraben soll zugeschüttet werden, und es soll an dieser Stelle eine neue Geschäftsstraße durch die Allee geführt werden. Wir hoffen, daß die Meldung in ihrem vollen Umfang zutrifft und keine Berichtigung erfährt.

Dillingen. In einer der in der Nähe der Meguinschen Fabrik gelegenen Baracken, die die Gemeinde seinerzeit in Frankreich gekauft hatte, brach Feuer aus, das sich sehr schnell ausbreitete und vier Baracken in Asche legte. In zwei Baracken verbrannte die gesamte Einrichtung, Wäsche und Kleidung der darin untergebrachten Familien. Insgesamt sind fünf Familien mit über 30 Köpfen durch dieses Schandfeuer obdachlos geworden.

Die Bevölkerungszahl der Gemeinde einschließlich Pachten betrug Ende September 13 479 gegen 13 442 im Vormonat.

Saarlouis. Das an der Gefängnisstraße gelegene ehemalige Betriebsgebäude der „Saar-Zeitung N.-G.“ ist durch Kauf in den Besitz des Herrn Mehgermeisters J. Puhl jr. hier übergegangen. Man nennt als Kaufpreis den Betrag von 14 000 Reichsmark. — Gelegentlich eines Gewitters schlug der Blitz in die Pfarrkirche von Neuvoßweiler, wodurch der Turm in Brand geriet und zerstört wurde. Eine weitere Ausdehnung des Feuers konnte glücklicherweise verhindert werden.

St. Ingbert. In der Hedendalheimer Messeraffäre fand ein Termin statt, wozu die verhafteten Brüder Fiedinger vorgeführt wurden. Die Obduktion der Leiche wurde durch den Bezirksarzt und einen Gerichtsarzt vorgenommen. Der erstochene Former Karl Feger galt allgemein als ein ruhiger, besonnener Mann, während den Brüdern Fiedinger nicht das beste Zeugnis ausgestellt wird. Man hört, daß der erstochene Feger seinen eigenen Sohn bei dem Streit vor dem Haus glaubte, weshalb er vor das Haus trat, was ihm sein Leben kostete. — Die Eisens-, Holz- und Baumaterialien-Großhandlung Otto Weigand & Sohn konnte in diesen Tagen ihr 60jähriges Geschäftsjubiläum begehen.

Homburg (Saarpfalz). Auf dem Bahnhof Kohrbach wurde der 21jährige Steinbildhauer Richard Bejon aus Homburg tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß er wahrscheinlich von einem Zuge überfahren worden ist. Die näheren Umstände konnten nicht festgestellt werden.

Personalnachrichten.

Bestätigung von Beigeordneten.

Die Saarregierung scheint in der Bestätigung von Beigeordneten mit der bisher von Herrn Kault geübten Praxis brechen zu wollen. In den letzten Wochen sind zahlreiche Bestätigungen solcher Persönlichkeiten für Beigeordnetenposten bestätigt worden, denen bisher die Bestätigung von der Saarregierung versagt blieb. Unter diesen befindet sich unter anderen der saarländische Großindustrielle von Bopelius in Sulzbach, Pfarrer Bungen in Saarbrücken und andere. Weiter hat der Präsident der Regierungskommission die zu Beigeordneten der Gemeinde Dillingen gewählten Herren bestätigt, nämlich Obermeister Freientstein, Bauunternehmer Bourgeois und Schattelfelwörter Müller. Ferner wurden zu Kreisdeputierten gewählt und bestätigt Kaufmann Peter Schommer und Oberlehrer Jakob Hoffmann in Merzig.

Nach 64jähriger ununterbrochener Arbeit ist auf dem Eisenwerk St. Ingbert der 77 Jahre alte Arbeiter Jakob Reiser vor einigen Tagen gestorben. Mehr als 40 Jahre war er auf dem genannten Werk als Hammerschmied tätig. Erst 10 Tage vor seinem Tode hat er die Arbeit niedergelegt. Von ihm kann mit Recht gesagt werden, daß sein Leben nichts denn Mühe und Arbeit gewesen ist.

Ihre Goldene Hochzeit feierten die Eheleute Conrad Klar in Heiligenwald, die Eheleute Bies-Oswald in Waldböschbach, die Eheleute Friedrich Klein-Hird in Duppweiler, ferner das Ehepaar Kremp in St. Franzis (Millouannee). Kremp stammt aus Ormersheim in der Pfalz und wanderte mit 25 Jahren nach Amerika aus.

Todesfälle. Saarbrücken: Carl Kießer, 60 Jahre; Frau Conrad Dreher, Philippine, geb. Christoffel, 82 Jahre; Frau Witwe Barbara Maria Schütz, geb. Lang, 68½ Jahre; Frau Delfine Mayer, geb. August, 60 Jahre; Jakob Serrière, 58 Jahre; Ludwig Spaniol, 62 Jahre; Gustav Drieschner, 75 Jahre; Elisabeth Bösch, geb. Kießer; Frau Margarete Dieb, geb. Pfüll, 76 Jahre; Frau Maria Bollmer, geb. Groß, verw. Sprenger, 75 Jahre; Wilh. Magdeburg, 65 Jahre; Emma Driesinger, geb. Huppert; Frau Sophie Obenauer, geb. Kunz; Wilhelm Dreyer, 81 Jahre; Frau Luise Didiß, geb. Rehm, 50 Jahre; Frau Maria Reif, geb. Ripper, 63 Jahre; Wilhelm Lombard; Eduard Klittiger, 69 Jahre; Her-

mann Geißbüchter, 24 Jahre; Frau Genia Gottmann, geb. Kunz, 39 Jahre; Georg Walch sen.; Willi de Neve, 51 Jahre; Karl Kirsh, 69 Jahre; Frau Johanna Kraus, geb. Brose; Kaufmann Fritz Roeder, 39 Jahre; Karl Hoffmann, 51 Jahre; Christian Mathieu, 62 Jahre; Frau Wwe. Nikolaus Becker, verw. Karl Essig, Elisabeth geb. Wagner, 66 Jahre; Peter Probst, 30 Jahre. — **Scheidt:** Steiger Heinrich Fetting, 36 Jahre; Mathilde Hettrich, 18 Jahre. — **Brebach:** Christian Burgard, 56 Jahre. — **Fechingen:** Christian Gentes, 76 Jahre. — **Güdingen:** Frau Karl Steuer, geb. Wöflinger, 27 Jahre. — **Hanweiler:** Frau Wwe. Magdalena Crispin, geb. Neumann, 70. Lebensjahre. — **Gersweiler:** Georg Escher, 60 Jahre. — **Schaffhausen:** Johann Wannenmacher, 81 Jahre. — **Alarenthal:** Frau Katharina Dierlein, geb. Weich, 83 Jahre. — **Wehrden:** Ernst Jerndt, 56 Jahre; Frau Maria Karrenhauer, 28 Jahre. — **Höfenbach:** Anna Weisch. — **Jägersfreude:** August Stuhlsch, 47 Jahre. — **Herrenlohr:** Frau Frida Schmitt, geb. Kreiter, 23 Jahre. — **Dudweiler:** Fritz Krämer, 40 Jahre; Frau Sophie Eger, geb. Wilhelm, 63 Jahre. — **Quierschied:** Frau Steiger Jakob Reidenwald, Anna, geb. Nieder, 45 Jahre. — **Schiffweiler:** Fritz Schulz, 32 Jahre. — **Spiesen-Elversberg:** Karl Müller, 59 Jahre. — **Bildhof:** Schmiedemeister Johann Schud, 54 Jahre; Wilhelm Blinn; Jakob Zahner, 21 Jahre; Peter Müller, 60 Jahre. — **Reunkirchen:** Margarethe Sperling; Adolf Meißner, 36 Jahre; Frau Elisabeth Ammann, geb. Krupp, 40 Jahre; Frau Wwe. Philippine Wolf, geb. Sohn, 87 Jahre; Karl Ruppenthal; Frau Wilh. Heß, geb. Theis, 53 Jahre; Friedrich Wilhelm; Peter Heinz, 66 Jahre. — **Wieselstirchen:** Walter Bieymehl, 19 Jahre; Philippina John, geb. Strauß, 58 Jahre. — **Ottweiler:** Nikolaus Röhl, 82 Jahre; Frau Wwe. Louis Henn, Katharina, geb. Wern, 72 Jahre. — **Dirmingen:** Frau Wwe. Jakob Gähler, Auguste Amalie, geb. Wagner. — **Graulautern:** Max Salomon, 39 Jahre. — **Schwalbach:** Steiger a. D. Matthias Schwin, 74 Jahre. — **Saarlouis:** Franz Dambé; Frau Peter Breßer, geb. Hoffmann, 31 Jahre. — **Wallerfangen:** Frau Wwe. Peter Terporten, geb. Anna Groß. — **Saarlouis:** Wilhelm Hafner, 54 Jahre. — **Beaumarais:** Franz Theado, 44 Jahre. — **Merzig:** Johann Thees. — **St. Ingbert:** Otto Nieß, 74 Jahre. — **Brauweiler:** Frau Clara Kichen, geb. Kuwetter. — **Erettnach:** Karl Liator, 70 Jahre.

Vom Saargrubenbau.

Lohnbewegung der Saarbergarbeiter.

Angeichts der zunehmenden Teuerung als Folge der Frankensinflation haben die Bergleute durch ihre Organisationen an die Direktion der Saargrubenverwaltung den Antrag auf Neuregelung der Bergarbeiterlöhne unter Berücksichtigung der Teuerungslage gestellt. Am 22. Oktober fanden demgemäß Lohnverhandlungen zwischen Organisationsvertretern und Bergwerksdirektion statt. Die Verwaltung machte hierbei das Angebot, den Multiplikator 223 auf 231 zu erhöhen, was einer Lohnzulage von knapp 3 Prozent gleichkam. Dieser Vorschlag der Verwaltung wurde von den Organisationsvertretern abgelehnt. Mit dem Verlauf der Lohnverhandlungen befaßte sich am 24. Oktober der 16er Ausschuss des Verbandes für Bergarbeiter, wobei in der Aussprache alle Vertreter verschiedenster Inspektionen das Angebot für lächerlich gering bezeichneten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde das Lohnangebot der Verwaltung für unhaltbar erklärt, da es der gewaltigen Teuerung im Saargebiet nicht entspricht. Die Verwaltung wird ersucht, das Angebot in der Weise zu erhöhen, daß mindestens die Teuerung der letzten Zeit abgegolten wird. Ferner ist die Erhöhung der Löhne ab 1. Oktober vorzunehmen und zwar in der Weise, daß nicht der Multiplikator erhöht wird und somit die Lohnunterschiede noch größer werden, sondern jede weitere Erhöhung der Löhne ist allgemein und gleichmäßig an alle Belegschaftsmitglieder zur Auszahlung zu bringen. Die Unterschiede im Gehingelohn haben sich in letzter Zeit sehr vergrößert, um diese Quelle der Unzufriedenheit zu verstopfen ist es notwendig, den Hauermindestlohn besonders zu erhöhen.

Außer der Tagung des 16er Ausschusses fanden an verschiedenen Orten des Saargebiets größere Konferenzen und örtliche Bergarbeiterversammlungen statt, die sich ebenfalls gegen das Lohnangebot der Saargrubenverwaltung aussprachen. In einer in Quierschied abgehaltenen Versammlung trat Revierleiter Ruhnert für eine Einheitsfront der Arbeiter ein, die sich gegen Maßnahmen der Unternehmer wenden müßte, deren Lohnpolitik mit der der französischen Grubenverwaltung decke.

Flözbrand auf Grube Bessen.

In der Grundstrecke von Flöz 1 der achten Sohle von Grube Bessen brach am 17. Oktober auf unerklärliche Weise Feuer aus, das zuerst durch Schachtbauer, die an dem ausziehenden Wetter-schacht Reparaturarbeiten ausführten, bemerkt wurde.

Die Löscharbeiten waren aus dem Grunde schwierig, weil man dem Feuer nur von der ausziehenden Wetterseite her beikommen konnte. An dem Holzbau fand es reiche Nahrung. Die Rettungsmannschaften hatten schwierige Arbeit wegen hereinbrechender Gesteinmassen und großer Hitze. Die Frühlingschicht der 3000 Mann starken Belegschaft konnte nicht anfahren. Man suchte den Brand abzdämmen, um frische Luftzufuhr zu verhindern. Als Brandursache vermutet man das Heißlaufen eines Haspels. Unfälle sind glücklicherweise nicht zu beklagen, da in den gefährdeten Bauten niemand arbeitet.

Am 25. Oktober waren die Löscharbeiten soweit vorgeschritten, daß das brennende Flöz zwischen der ersten und dritten Sohle östlich von Querschicht 3 abgedämmt werden konnte. Die Belegschaft werde zunächst auf andere Gruben verteilt. Ein Teil der Belegschaft konnte im Laufe des 25. Oktober auf Bessen wieder anfahren. Die Organisationen stellten bei der Grubendirektion den Antrag, die Feierschichten angesichts der Notlage der Bergarbeiter zu bezahlen, was jedoch von der Direktion abgelehnt wurde mit dem Hinweis, daß die finanzielle Lage der Gruben dies nicht zulasse. Es wurde aber zugesagt, die verfahrenen Feierschichten auf den Urlaub anzurechnen.

Ueber Missetände im Grubenbetrieb wurde in einer Belegschaftsversammlung der Grube Altenwald lebhaft Klage geführt. Es klingt ganz eigenartig, schreibt die „Saarbr. Ztg.“, wenn ein Abteilungsleiter das Ersuchen der Bergleute um Material damit abtut, daß er ihnen sagt, sie möchten sich solches suchen. Weiß der Betr. Beamte nicht, daß es seine Aufgabe ist, das erforderliche Material usw. zu liefern. Weiß er nicht, welche Gefahren für den Grubenbetrieb unter Umständen daraus entstehen können? Verschiedene zu Bruch gegangene Strecken befinden sich in einem solchen Zustand, daß die Bergleute bei der Ein- und Ausfahrt knietief durchs Wasser waten müssen. Warum wird hier nicht für Abhilfe gesorgt? Die Bestrafungen sind im letzten Monat ganz außerordentlich hart, es wurden solche bis zu 80 Mk. (!) verhängt. Wie unbeschäftigt diese Strafen sind, geht daraus hervor, daß der Divisionär auf Vorstellwerden der Bergleute die Strafen zum Teil aufgehoben hat. Die Bergleute begrüßen diese Entscheidung des leitenden Beamten und hoffen, daß sie ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Die neu eingeführten eisernen Wagen fassen 150 Kilogramm über das vorgeschriebene Maß; den Bergleuten werden aber nur 80 Kilogramm vergütet, sie müssen also 120 Kilogramm Kohle umsonst liefern. Es wurde das Eingreifen der Gewerkschaften gefordert, man kann den Bergleuten bei den knappen Löhnen nicht zumuten, auch noch Kohlen ohne Bezahlung zu fördern. Die Badeanstalten reichen für die starke Belegschaft bei weitem nicht aus, ja sie sind zum Teil gar nicht betriebsfähig. Den Sicherheitsmännern wurde aufgegeben, für die Beseitigung der gerügten Uebelstände einzutreten.

Die hohe Unfallzahl im Saarbergbau im vergangenen Halbjahr, in welchem 40 Bergleute der Saargruben unter Tage tödlich verunglückten, hat die französische Bergverwaltung veranlaßt, etwas mehr als den Schutz der Bergleute zu tun. Sie hat jetzt auf einigen Gruben Bestimmungen erlassen, die von der preussischen Bergverwaltung schon vorgeschrieben und durchgeführt waren, im Laufe der letzten Jahre aber gemildert wurden. Zum Schutz gegen Stein- und Kohlenfall sind jetzt in den Kohlenstößen die Verzugstangen im Abstand von einem Meter zu legen, in den Kohlenstößen mit Guttertransportbändern beträgt der Abstand 1,25 Meter. — Wenn diese Bestimmungen genau durchgeführt werden, bilden sie tatsächlich einen besseren Schutz gegen herabfallendes Gestein. Die französische Bergverwaltung wird aber dafür zu sorgen haben, daß nicht durch brutales Antreiben zur Erreichung des „Förderzolls“ die Vorschriften übergangen werden. Anständiges Gedinge der Kohlenhauer und liberale Anrechnung der Prämienzahlungen bei den Grubenbeamten, und vor allem genügende Holzlieferung muß gleichzeitig mit obigen Bestimmungen eingeführt werden.

Briefkasten.

Von B. in S. 2,50 Mark mit bestem Dank erhalten.

Vom „Bund der Saarvereine“.

Die Ortsgruppe Köln des Bundes der Saarvereine. Am Samstag, den 9. Oktober, fand in unserem Vereinslokal die monatliche Versammlung statt. Für diesen Abend war ein Lichtbildervortrag über unsere Heimat „Das Saargebiet“ vorgesehen. Herr Dipl.-Ing. Habig hatte den Vortrag übernommen und entledigte sich seiner Aufgabe in geschickter Weise. Ausgehend von der geographischen Lage und der geschichtlichen Bedeutung des Saargebiets sahen wir in 128 Bildern die landschaftlichen Schönheiten unserer Heimat nebst den größeren Orten mit ihren industriellen Anlagen auf der Leinwand an uns vorbeiziehen. Der interessante Wechsel von Hügel und Tälern, von waldumgrenzten Ortschaften mit ihren teilweise alten Bauten, rief manchem von den Anwesenden angenehme Erinnerungen wach. Lebhaften Beifall erntete Herr Habig am Schluß seines Vortrages. Die Mitglieder blieben noch bis 2 Uhr zusammen und nahm der Abend bei dem außergewöhnlich guten Besuch einen angenehmen Verlauf. Für die Wintermonate sind noch einige belehrende Vorträge vorgesehen. Die nächste Versammlung am 31. November bringt besonders wichtige Punkte, z. B. Weihnachtsfeier usw. Der Vorstand bittet um vollzähliges Erscheinen.

Die Ortsgruppe Duisburg des Bundes der Saarvereine hielt am 10. Oktober ihre Monatsversammlung ab, die leider nicht sehr stark besucht war. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden beschäftigte man sich mit den ersten Vorbereitungen für die am zweiten Sonntag im Dezember stattfindende Weihnachtsveranstaltung. Es wurde ferner die Frage der Einrichtung einer Sterbekasse erörtert. Die Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers über Reichsbeihilfen an solche außerhalb des Saargebietes lebende Berechtigte, die Leistungen der Sozialversicherung aus dem Saargebiet beziehen, wurde bekanntgegeben. Eine lebhafte Aussprache schloß sich an die Ausführungen einiger Vertrauensleute über eine gewisse Mißstimmung innerhalb einzelner Kreise ihres Arbeitsbezirkes an. Es stellte sich heraus, daß es sich hierbei um die verkehrsmäßige Stimmungsmache eines oder auch einiger früherer Mitaslieder handelt. Der Vorstand ist entschlossen, die Angelegenheit zu untersuchen und gegen die Heher rücksichtslos vorzugehen. — Am Anluß an den geschäftlichen Teil fand eine musikalische Abendunterhaltung statt.

Die Ortsgruppe Dortmund des Bundes der Saarvereine. Herr Berckessel eröffnete an Stelle der beiden verhinderten Vorsitzenden um 6 Uhr die sehr mäßig besuchte Versammlung. Der Schriftführer Walter verliest die Niederschrift über die Septemberversammlung, die genehmigt wird. Herr Berckessel gibt sodann die Beratungsgegenstände bekannt und teilt mit, daß für die Novemberversammlung zwei Humoristen gewonnen seien. Herr Schiller spricht für einen früheren Anfang der Versammlungen als gewöhnlich, nämlich 6 Uhr nachmittags. Herr Kott fragt an, wann er seinen Rezitationsabend halten könne, ob im Dezember oder später. Herr Schiller bittet, die Weihnachtsfeier im Dezember abzuhalten. Herr Rafalski ist für Weihnachtsfeier im Januar, worauf beschlossen wird, die Feier im Januar abzuhalten. Herr Pfarrer Zilleßen, der zufällig anwesend ist, wird von Herrn Berckessel begrüßt. Herr Berckessel fragt darauf die Versammlung, wie die Weihnachtsfeier veranstaltet werden solle, ob in gleicher Weise wie das letzte Mal, oder ob Änderungen gewünscht werden. Nachdem die Aufnahme von zwei neuen Mitasliedern bekanntgegeben worden ist, widmete Herr Berckessel ihnen einige freundliche Begrüßungsworte. Herr Rafalski wird Vereinarbeitsdirektor und als solcher von der Versammlung anerkannt an Stelle des vor einigen Monaten verstorbenen Herrn Fehle. Pfarrer Zilleßen spricht einige Worte des Dankes für die Begrüßung. Er läßt sie ausklingen in einem Hoch auf das deutsche Vaterland, dem das Saargebiet hoffentlich recht bald wieder annektiert wird. Um 7.15 Uhr schließt Herr Berckessel den offiziellen Teil. Hinterher wird noch gemeinschaftlich ein Saarlid, zu dem Herr Schwolau in liebenswürdiger Weise die Begleitung auf dem Klavier liefert, gesungen.

Berichtigung. Der Druckfehler des Spiel hatte seine Hand im Spiel, als auf Seite 380 der Nummer 20 des 7. Jahrganges des „Saar-Freund“ vom 15. Oktober 1926 aus „Stargard (Pom.)“, „Raugard (Pom.)“, wurde. Berichtigend wird deshalb festgestellt, daß weder in Stettin noch in Raugard, sondern in Stargard (Pom.) die Verbindungsstraße zwischen Greifenweg und Grenadierstraße die Bezeichnung „Saar-Weg“ beigelegt wurde.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der viersätzigen Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die ausländischen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 286) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zustellung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. B., Berlin S.W. 11, Königsgrüner Straße 94, Fernsprech. 665 86 oder auf Deutsche Bank, Postkontokonto Berlin NW. 7, Nr. 665 86. — Verkaufspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postkontokonto Berlin NW. 7, Nr. 665 86 oder auf Deutsche Bank, Postkontokonto Berlin NW. 7, Nr. 665 86. — Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle Saar-Verein E. B., Berlin S.W. 11, Königsgrüner Str. 94; Druck: Deutscher Schriftverlag, Berlin S.W. 11.